

Abschlussbericht zur Tagung Alle gegen Armut: Ursachen erkennen - gemeinsam beheben

17. Oktober 2024
Bozen



Dachverband für
Soziales und Gesundheit KDS
Federazione per
il Sociale e la Sanità ETS

Inhalt

Alle gegen Armut	4
Ausgangspunkt	4
Grußworte - Einführung	5
Wolfgang Obwexer – Präsident des Dachverbandes für Soziales und Gesundheit	5
Arno Kompatscher - Landeshauptmann	5
Rosmarie Pamer - Landesrätin	6
Ivo Muser – Bischof der Diözese Bozen-Brixen	7
Beschreibung eines Fallbeispiels – Teil I	8
Was kann, was muss der Dachverband zur Armut in Südtirol sagen?	9
Armut – Wahrnehmung und Ausblick.....	13
Einleitung	13
Perspektiven der Armutsbekämpfung	14
Probleme in den Blick nehmen	19
Manifest: Alle gegen Armut in Südtirol.....	26
Erstunterzeichner	27
Die Empfehlung des Dachverbandes: Armutsnetzwerk	28
Was ist das Armutsnetzwerk?	28
Was soll das Netzwerk tun?	28
Der Vorschlag des Dachverbands zur Umsetzung	28
Stellungnahmen der Kooperationspartner	29
Stefan Perini – Bereich Arbeit - Arbeitsförderungsinstitut	29
Davide Monti – Bereich Hilfsorganisationen – Gruppo Volontarius	29
Carola Kurz – Bereich Kultur – Allianz der Kultur	30
Elisabeth Ladinser – Bereich Umwelt – Dachverband für Natur- und Umweltschutz	30
Sandro Pellegrini – Bereich Wirtschaft – Südtiroler Wirtschaftsring	31
Replik von Politik und Netzwerkpartnern	32
Rosmarie Pamer – Landesrätin	32
Heiner Oberrauch – Unternehmerverband Südtirol	32
Irmhild Beelen – Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung	33
Josef Dariz – Bäuerlicher Notstandsfond	34
Heinrich Erhard – Südtiroler Vinzenzgemeinschaft	34
Andrea Felis – Italienisches Schulamt	35
Josef Lazzari – Allgemeiner Gewerkschaftsbund AGB/CGIL	35
Bruno Marcato – Hands	36
Abschluss	37
Beschreibung eines Fallbeispiels – Teil II	37
Petra Priller – Fallbeispiel - Folgerungen	37
Resümee	38
Roberta Rigamonti – Vizepräsidentin Dachverband für Soziales und Gesundheit	38
Tagungsprogramm.....	40



Dank an

Interviewpartner/innen

Alfred Aberer, Eugenio Bizzotto, Josefa Brugger, Matthias Degasperi, Alfred Ebner, Liliana di Fede, Stefan Eikemann, Margareth Fink, Veronika Fink, Daria Forlenza, Harald Gruber, Josef Haspinger, Ida Lanbacher, Beatrix Mairhofer, Davide Monti, Tobias Mores, Bischof Ivo Muser, Florian Prinoth, Oliver Schrott, Werner Steiner, Michela Trentini, Dario Volani

Netzwerkpartner

Allgemeiner Gewerkschaftsbund AGB/CGIL, Allianz für Familie, Allianz der Kultur, Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung, Arbeitsförderungsinstitut AFI, Bäuerlicher Notstandsfond, Caritas Bozen-Brixen, Dachverband für Natur- und Umweltschutz, Gruppo Volontarius, Hands, Italienisches Schulamt, Katholischer Verband der Werktätigen KVV, Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit und Sozialpolitik – Universität Bozen, Südtiroler Vinzenzgemeinschaft, Südtiroler Wirtschaftsring, Verein la Strada – Der Weg, Unternehmerverband Südtirol

Redaktion und Grafik

Georg Leimstädtner, Günther Sommia und Denise Aebischer Trebo

Wissenschaftliche Begleitung

Karl Gudauner

Tagungsbericht

Der Bericht zur Tagung ist auf www.poor.bz.it veröffentlicht.

Veranstalter

Dachverband für Soziales und Gesundheit KDS (DSG)
Dr.-Streiter-Gasse 4, 39100 Bozen – www.dsg.bz.it – info@dsg.bz.it

Alle gegen Armut

Ausgangspunkt

Als erstes der 17 Nachhaltigkeitsziele führen die Vereinten Nationen die Armutsbekämpfung an. Wer sich ein schnelles Bild von Südtirol macht, sieht eine blühende Wirtschaft, einen allgemeinen Wohlstand und schöne Häuser in einem gepflegten Umfeld. Armut wird eher mit anderen Regionen und Ländern in Verbindung gebracht. Die Erfahrung der Hilfsorganisationen, der Sozialdienste und ein genaueres Hinsehen machen jedoch deutlich, dass es auch in Südtirol viele bedürftige Menschen gibt. Darüber muss gesprochen werden und dazu braucht es gemeinsames Handeln. Deshalb hat der Dachverband nun ein zweites Mal eine Fachtagung organisiert und dazu alle eingeladen, die es braucht, um Armut bereits in ihren Ursprüngen zu bekämpfen.

Vernetzt arbeiten

Bereits bisher gab es viele Anstrengungen und Bemühungen, Armut zu erkennen, zu beschreiben und ihr auch in umfassender Weise entgegenzuwirken. Sie alle sind zu würdigen und als Teil eines ständigen Arbeitens zu wirksamen Hilfestellungen in Notsituationen und zur umfangreichen Vorbeugearbeit für eine Gesellschaft ohne Armut zu sehen. Es gab bereits früher eine Landesarmutskommission, 2004 eine Studie zur „Armut in Südtirol“, 2007 eine „Erste Südtiroler Armutskonferenz“, es gibt eine Reihe von Sozialplänen (des Landes), die jährlichen Armutsberichte der Caritas oder auch alle Anstrengungen, die letztlich zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele gemacht worden sind. Auch das Institut für Wirtschaftsförderung hat sich mit der Studie der „Wohlstandssicherung“ dem Thema angenähert und mit einer Fachtagung zur „Sozialen Mobilität“ gab es im April 2024 eine Abschlussveranstaltung einer interdisziplinären Netzwerkarbeit des Center of Advanced Studies (Eurac Research), des Arbeitsförderungsinstitutes AFI und des Dachverbandes für Soziales und Gesundheit. Und dieses gemeinsame Arbeiten soll – so die Einladung des Dachverbandes an alle Akteure und Verantwortlichen – in ein neues Armutsnetzwerk münden, welches Kontinuität und Abstimmung der Maßnahmen zur Vorbeugung von Armut gewährleistet.

Was ist Armut?

Es gibt verschiedene Formen der Armut. Menschen haben zu wenig Einkommen, haben keine sozialen Netzwerke, schaffen keine angemessene Ausbildung oder geraten in Abhängigkeiten von zersetzenden Substanzen oder Ideologien. So komplex wie der Weg in die Armut ist, so umfassend muss künftig das Netz jener sein, die kontinuierlich ihre Möglichkeiten definieren und ausschöpfen, damit auch in Südtirol noch mehr zu einer solidarischen Gemeinschaft beigetragen werden kann. Es braucht weiterhin die Hilfestellungen für bedürftige Menschen – und es muss gezielt in die Prävention investiert werden. Dazu gibt es viele Ansatzpunkte, wie gerechte Löhne für alle, leistbares Wohnen, abgesicherte und umfassende Sozial- und Gesundheitsdienste in allen Lebenslagen und auch ein ständig sich weiterentwickelndes Bildungswesen, welches in der Lage ist, allen Kindern und Jugendlichen dieselben Entwicklungschancen zu gewähren, damit sie später ohne Benachteiligungen in die Arbeitswelt einsteigen können. Dazu müssen alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Teil der Verantwortung erkennen und diese wahrnehmen. Der Dachverband hat bei der Tagung hierzu ein Manifest vorgelegt, welches bereits von wichtigen Einrichtungen mitunterzeichnet worden ist, und seine Bereitschaft bekundet, für eine Aufbauphase die Koordinierung eines Armutsnetzwerkes zu übernehmen.

Grußworte - Einführung

Wolfgang Obwexer – Präsident des Dachverbandes für Soziales und Gesundheit

Das Anliegen, das wir mit dieser Tagung verbinden, gibt prägnant der Titel der Tagung wieder: Es gilt ein Netzwerk zwischen allen gesellschaftlichen Kräften aufzubauen, um Armut und ihre sozialen Folgen zu bekämpfen. Der Dachverband ist kein Spezialist für das Thema selbst. Er ist im Auftrag seiner über 60 Mitgliedsorganisationen Spezialist für das Netzwerken. Für ein Netzwerk braucht es selbstredend jene Kräfte, die sich bereits tagtäglich mit Kompetenz, viel ehrenamtlichem aber auch hauptamtlich professionellem Einsatz um das Thema kümmern, wie beispielsweise die Caritas, Volontarius oder die Vinzenzgemeinschaft. Erst diese Woche haben wir gehört, dass das Dormizil wieder seine Türen für obdachlose Menschen öffnet. Diese engagierten Menschen und Vereine, die ich stellvertretend für viele andere genannt habe, dürfen nicht allein gelassen werden. Es braucht alle gesellschaftlichen Kräfte wie etwa die Bildungsinstitutionen, die Forschung, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und nicht zuletzt die Politik, die zusammen an einer Gemeinschaft bauen, die Armutsspiralen präventiv abbaut und bestehende Armutspänomene wirksam abfedert.

Der Dachverband hat zur Stärkung einer dauerhaften Netzwerkbildung ein Manifest erstellt, das im Laufe der Tagung näher vorgestellt wird. Damit wollen wir einen Beitrag zum ersten der 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen leisten, das lautet: Keine Armut – Armut in all ihren Formen und überall beenden. Wollen wir das erreichen, müssen wir im Rahmen einer dauerhaften Netzwerkbildung am Thema dranbleiben und den heutigen Worten gezielte Taten folgen lassen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Team des Dachverbandes für die Organisation der Tagung, besonders bei unserem Geschäftsführer Georg Leimstädtner als treibende Kraft für das Thema und bei unseren Moderator/innen Martina Gianola und Günther Sommia.

Arno Kompatscher - Landeshauptmann

Südtirol hat eines der höchsten Bruttoinlandsprodukte pro Kopf in Europa. Unter den ländlichen Regionen Europas stehen wir auf dem Podest. Und trotzdem ist es eine Tatsache, die sehr zum Nachdenken anregt, dass wir in Südtirol ein verbreitetes Phänomen von relativer und absoluter Armut haben. Das Land ist reich, aber mit der Verteilung von Einkommen und Vermögen sieht es nicht so gut aus. Obwohl wissenschaftliche Studien belegen, dass wir auch bei der Einkommens- und Vermögensverteilung im Vergleich zu anderen Teilen Europas gut dastehen.

Ein neues Phänomen ist das der „Working-Poor“. Diese Menschen sind zum Teil nicht in der Lage, sich eine Wohnung zu leisten. Wir erfahren von Arbeitsstätten, dass Menschen keine Unterkunft haben und quasi unter der Brücke zu Hause sind. Da stimmt etwas nicht und es geht daher nicht nur darum, genau hinzuschauen, sondern auch darum, zu handeln.

Armut ist insbesondere weiblich auch in Südtirol. Hier kommt im Alter die Rentenlücke zum Tragen. Armut betrifft besondere Familiensituationen auch im Zusammenhang mit Trennung und/oder Scheidung.

Bei Armut im Netzwerk mit allen Akteuren im Land und in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Stellen zu agieren, ist mit Sicherheit der richtige Ansatz vor allem in der Prävention. Für die öffentlichen Stellen kann es zudem eine Gelegenheit sein, noch besser zu werden.

In Bezug auf die Prävention ist Bildung der erste Schlüssel zum Erfolg. Bildungschancen müssen für alle gleich sein. Hier ist Südtirol relativ gut aufgestellt. Aber wir haben auch neue Situationen, z.B. mit neuen Mitbürger/innen, wo die gleichen Chancen auf Bildung eine neue Herausforderung sind, um auch ökonomisch auf eigenen Füßen zu stehen. Wir haben viele sinnvolle Maßnahmen im Bildungsbereich eingeleitet und umgesetzt. Gleichzeitig haben wir neue Situationen, wo wir das Prinzip der Chancengleichheit wieder sicherstellen müssen.

Es geht auch darum, dass es gerechte Löhne gibt. Der Haushalt 2025 wird den Schwerpunkt im sozialen- und Unterstützungsbereich haben, insbesondere in der Bekämpfung von Armut. Einmal in dem wir Geld für die Kollektivverträge im öffentlichen Dienst vorsehen. Zum anderen sind auch Steuersenkungen vorgesehen, sofern bei der Anwendung von territorialen Betriebsverträgen bessere Löhne zum Tragen kommen. Auch für Niedrigrentner/innen sollen gemeinsam mit der INPS Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Ergänzend zu den bereits bestehenden Maßnahmen, wie z.B. Unterstützungsmaßnahmen für Familien. Das Paket für leistbares Wohnen wird in den nächsten Monaten Schritt für Schritt umgesetzt. Keine dieser Maßnahmen wird allein das Problem lösen. Aber es wäre unverantwortlich, zu sagen, das löst es jetzt auch nicht und es daher nicht zu tun. Jeder Schritt hilft. Und das ist in dieser Zeit auch dringend nötig.

Die öffentliche Hand muss und kann viel tun mit den Steuereinnahmen. Aber sie allein hat keine Chance. Deshalb begrüße ich es sehr, dass diese Tagung das Netzwerk aller Akteure des nicht öffentlichen Bereiches anstrebt und die Zusammenarbeit aller fordert und gemeinsam mit der öffentlichen Hand nach Lösungen sucht. Wir werden das begleiten und unterstützen. Wir werden gemeinsam mit Landesrätin Rosmarie Pamer und mit der Landesregierung dafür arbeiten, dass Armutsbekämpfung stattfinden kann und zu einer Kernaufgabe von Politik wird. Es ist im Interesse aller, insbesondere im Interesse jener, die nicht arm sind, dass Armut bekämpft wird. Das ist eine Frage des sozialen Friedens und der Sicherheit über die Gerechtigkeit hinaus. Und daher tun wir gut daran, uns an die Arbeit zu machen.

Rosmarie Pamer - Landesrätin

Es gibt Armut, die man sieht und Armut, die versteckt ist. Wenn wir mit offenen Augen durch Bozen oder andere Städte gehen, dann sehen wir Menschen, die auf der Straße sind, auch ältere Menschen, die sich gut überlegen müssen, was sie einkaufen und was nicht.

Ich habe als Bürgermeisterin, als Präsidentin einer Lebensmitteltafel und als Lehrerin hinter die Fassaden blicken können und dabei gesehen, dass sich Kinder z.B. einen Ausflug nicht leisten können oder das Rentner/innen mit der Lebensmittelspende über die Runden kommen müssen. All diese Situationen machen mich sehr betroffen und daher ist das Motto von heute sehr wohl-tuend. Es ist gut, dass es keine Schuldzuweisungen gibt. Wir müssen daher gemeinsam, in den unterschiedlichsten Bereichen diverse Maßnahmen auf den Weg bringen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und alle Ressorts sind dazu angehalten in ihrem Kompetenzbereich Maßnahmen zu setzen, denn Armutsformen sind ganz vielschichtig.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren stark auf den Nachhaltigkeitsplan gesetzt und hier möchten wir auch in meinem Ressort weiterarbeiten und einen Schwerpunkt auf die soziale Nachhaltigkeit legen und dafür einen eigenen ressortübergreifenden Plan machen. Dabei wird es um Prävention generell und auch um Interventionen und um Maßnahmen gegen die Armut gehen. Dabei wollen wir mit dem Dachverband für Soziales und Gesundheit aber auch mit allen Vereinen, Verbänden und Genossenschaften, Gemeinden und Bezirksgemeinschaften

zusammenarbeiten. Bei der sozialen Nachhaltigkeit geht es auch um Absicherung von sozialen Leistungen. Hier soll ein Schwerpunkt auf vulnerable Gruppen gesetzt werden. Die Maßnahmen sollen finanzielle und strukturelle Aspekte betreffen. Ein Dank geht an den Landeshauptmann für seine Weitsicht in Bezug auf die Bereitstellung von finanziellen Mitteln.

Wir als Landesregierung stehen hinter diesen Forderungen und hinter dem Maßnahmenkatalog, der heute vorgestellt wird und wir möchten gemeinsam daran arbeiten, wobei ich dieses Gemeinsam noch einmal unterstreichen möchte. Damit wir mit allen gesellschaftlichen Kräften und parteiübergreifend daran arbeiten. Daher schließe ich mit der Aufforderung: Lasst uns heute und auch in Zukunft an diesem gemeinsamen Netz arbeiten.

Ivo Muser – Bischof der Diözese Bozen-Brixen

Die Problematik der Armut weist verschiedene Ebenen auf: Wir leben in Südtirol in einer Wohlstandsgesellschaft, in der es vielen Menschen insgesamt rein vom Materiellen her so gut geht wie nie zuvor. Deshalb ist es schwierig, den Blick für das Phänomen der Armut zu schärfen. Es braucht die Sensibilität, hinzuschauen und nicht wegzuschauen, indem nur eine generalisierte Betrachtung gemacht wird. Es sind die Veränderungen in der Denkweise, die eine Lücke in der Wahrnehmung der tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten verursachen. Eine markante Einstellung hat mit den Wertvorstellungen zu tun: Maß und Verzicht sind nicht mehr als Leitwerte anerkannt. Sie werden mit einer Minderung der Lebensqualität in Zusammenhang gebracht.

Armut wird vielfach ausgeblendet. Und es werden Schuldzuweisungen gemacht, als seien die Menschen nur selbst für ihre Notlage verantwortlich. Armut wird dadurch der Stempel der Beschämung aufgedrückt. Wir brauchen die Werthaltung des Teilens. Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir einander brauchen. Nur gemeinsam sind wir stark und in der Lage, die alltäglichen Erfordernisse zu bewältigen – ganz zu schweigen von den großen Herausforderungen, die sich auf globaler Ebene abzeichnen.

Manchmal scheint es mir, als ob in Europa der alte Kampf zwischen den Werten "Freiheit" und "Solidarität" neu aufgelegt würde. Die Auseinandersetzung wird zunehmend härter, nicht zuletzt, weil die finanziellen Mittel geringer werden. Arbeitslose und Empfängerinnen und Empfänger von Fürsorgeleistungen werden nicht selten pauschal als Sozialschmarotzer abgestempelt, Gruppen gegeneinander ausgespielt - zum Beispiel Ausländer gegen Einheimische, Flüchtlinge gegen unsere Bevölkerung. Der Individualismus ist eine zentrale Triebfeder der zu beobachtenden Entsolidarisierung. Wir müssen wieder zum Gemeinschaftssinn zurückfinden. Wir sind auf die anderen angewiesen, wenn wir unser Leben sinnstiftend gestalten wollen. Der Rückzug auf das Ich hat unsere Fähigkeit zu sozialen Kontakten beeinträchtigt. Wir brauchen „Mehr wir und weniger Ich“!

Allen, die sich um Solidarität und Gemeinschaft sowohl im persönlichen Bereich wie auch im öffentlichen Raum bemühen, danke ich sehr herzlich. Wir brauchen keine perfekte Gesellschaft, sondern eine menschliche.



Beschreibung eines Fallbeispiels – Teil I

Petra Priller – Schuldenberatung Caritas

In den letzten 25 Jahren hat die Schuldenberatung der Caritas über 26.000 (jährlich ca. 1.300 Menschen) Familien bzw. Personen beraten und begleitet.

Wir versuchen, Perspektiven aufzuzeigen. Viele würden es allein nicht schaffen. Die Folgekosten einer nicht gelösten Schuldenproblematik sind viel höher als die Kosten für eine kostenlose Beratung. Wir beraten nicht nur den Betroffenen, sondern auch deren Angehörige, die oft auch sehr belastet sind.

Fallbeispiel – (Die Person nennen wir hier Elisabeth, in Wirklichkeit hat sie einen anderen Namen)

Elisabeth ist 52 Jahre alt, geschieden und Alleinerziehende von 2 Kindern.

Sie hat jahrelang in Vollzeit gearbeitet. Nach der Geburt der Kinder geht sie auf Teilzeit über. Der Mann arbeitet in Vollzeit und zeigt zunehmend weniger Interesse am Familienleben, bis es zur Trennung kommt. (Trennung als Auslöser ihrer finanziellen Schwierigkeiten!)

Elisabeth zieht aus der gemeinsamen Wohnung aus. Sie hatte es schwer, eine leistbare Wohnung zu finden. Die finanzielle Situation wird zunehmend problematisch und schließlich fällt sie in eine Depression. Elisabeth zieht sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück. Alles dreht sich um das Thema Geld. Elisabeth fällt z.T. auch bei der Arbeit aus, fängt in der Hoffnung auf schnelles Geld zum Spielen an. Dann entwendet sie Geld aus der Kasse des Arbeitgebers. Ihr wird gekündigt. Sie fällt in ein tiefes Loch.

Was kann, was muss der Dachverband zur Armut in Südtirol sagen?

Georg Leimstädtner, Geschäftsführer im Dachverband für Soziales und Gesundheit

Er hat die Aufgabe, Probleme anzusprechen, welche in der Arbeit der Mitgliedsorganisationen ersichtlich werden und wo die Menschen in Südtirol auf die Hilfe anderer angewiesen sind.

Er hat den Auftrag, die Mitgliedsorganisationen zu stärken und zusammen mit ihnen und anderen Einrichtungen Wege zu suchen, welche zu einer Lösung oder wenigstens Linderung dieser Probleme beitragen. Ein vorrangiges Problem heißt „Armut“.

Armut ist ein komplexes Thema, und der Dachverband ist nicht der erste Experte in Südtirol, um über Armut sprechen zu können. Vielmehr gibt es öffentliche und gemeinnützige Stellen, die tagtäglich erleben, wie und wo Armut in Südtirol auftritt und erlebt wird. Und es gibt Menschen in Forschung und Bildung, die das Phänomen gut beschreiben können.

Am besten wissen das aber die betreffenden Menschen selbst, die sich jeden Tag neu in verschiedenster Form bedürftig fühlen und oft nicht in der Lage sehen, aus eigener Kraft diese Situation überwinden zu können.

Noch komplizierter wird es, wenn nicht die Armut, sondern ihre Vermeidung angesprochen wird. Hier ist es unerlässlich, dass die Erfahrung und das Fachwissen von Politik, Behörden, Interessensgruppen und Wissenschaft zusammenfließen, um über die Erklärungen hinaus alle nötigen Maßnahmen zu beschreiben und diese in geteilter Verantwortung auch Schritt für Schritt zu ergreifen. Dieses gemeinsame Verantworten und Arbeiten für eine Gesellschaft ohne Armut – wie es die Vereinten Nationen als erstes Nachhaltigkeitsziel artikulieren („Armut in all ihren Formen und überall beenden“) - kann nicht an einfach jemanden delegiert werden. Es braucht alle.

Es ist auch unbestritten, dass die Bekämpfung von Armut immer vor dem globalen Hintergrund gesehen werden muss. Jeder Versuch, auf eine Insellösung und Abkapselung zu setzen, wäre zum Scheitern verurteilt. Netzwerk braucht es so nach innen und nach außen.

Und beim Netzwerken hat der Dachverband für Soziales und Gesundheit Übung.

So ist es folgerichtig, dass er alles daransetzt, gemeinsam gegen Armut zu wirken.

Armut – Warum alle – warum wir? – ein Thema für Südtirol?

Armut gefällt niemanden. Armut stört, verursacht schlechtes Gewissen oder auch Ärger. Armut spricht aber auch an, weckt Verantwortungs- und Mitgefühl und Hilfsbereitschaft. Armut gibt es auch im Wohlstandsland Südtirol. Trotz einer Vielzahl von Hilfestellungen und Sozialdiensten gibt es Armut. Manchen Menschen wird sie mit in die Wiege gelegt und sie ist bis zur Bahre eine ständige Begleiterin, die sich kaum abschütteln lässt. Andere wiederum fallen durch einen Schicksalsschlag aus einem scheinbar gesicherten Leben heraus und finden sich plötzlich vor einem Scherbenhaufen der eigenen Existenz wieder, wo manchmal aus Freunden Fremde und aus Guthaben Schulden werden.

Wie Armut aussieht, kann man manchmal sehen, oft aber bleibt sie im Verborgenen. Es gibt in Südtirol viele Menschen, die sich schämen, ihre Bedürftigkeit zeigen zu müssen. Armut passt mit einer Leistungs- und Konsumgesellschaft nicht zusammen. Zu sehr ist auch das Vorurteil zu hören: „selber Schuld“, was auch immer darunter zu verstehen ist.

Der Wohlstand, der bei uns sichtbar ist, wird in Südtirol auch durch den Tourismus verstärkt, wo unsere Gäste – im Urlaub – sich einen Lebensstil gönnen können, der vielleicht auch für sie nicht unbedingt die Regel ist. Zugleich öffnet sich zunehmend die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen den Gutverdienenden und jenen, deren Lohn zu niedrig ist oder/und nicht mit Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten in Südtirol mitgewachsen ist.

Wer von Armut spricht, muss auch und mehr noch von Armutsgefährdung sprechen. Damit wir zu einer wirksamen und vernetzten Arbeit zur Vorbeugung kommen können, müssen wir es aber auch schaffen, noch mehr gemeinsame Begrifflichkeiten zu schaffen, ein gemeinsames Bild und Bewusstsein aller Formen von Armut entwickeln und zusammen festhalten, wie Armut in Südtirol aussieht.

Armut – ein Thema für die „Sozialen“?

Wenn von Armut die Rede ist, wird das Thema sofort mit den öffentlichen und privaten Sozialdiensten, mit den Wohltätigkeitsorganisationen und mit der Sozialpolitik in Verbindung gebracht. Diese leisten unverzichtbare Arbeit, um Menschen in Notsituationen Hilfestellungen anbieten zu können und sie im besten Fall durch gezielte Maßnahmen auch aus der Armutssituation herausbegleiten und zu einem eigenständigen Leben ohne Abhängigkeit fremder Hilfen unterstützen zu können.

In der Regel sind die Menschen, die in diesen Einrichtungen arbeiten und ihre Institutionen auch dann die aufmerksamsten, wenn es um die Diskussion der Armutsbekämpfung geht. Ein nachhaltiges Wirken gegen das Auftreten von Armut beginnt aber viel früher und sollte vor allem auch andere Expert/innen und Einrichtungen ansprechen und folgenden Fragen nachgehen:

- was kostet das Leben in der Stadt, auf dem Land,
- was braucht es für einen sozialen Reichtum hier wie dort,
- wie können wir Sozialkapital aufbauen und allen zugänglich machen,
- wo muss an der Lohnschraube gedreht werden,
- wie kann Selbstständigkeit so entwickelt werden, dass die persönlichen und familiären Risiken überschaubar bleiben und das Abenteuer gut ausgeht,
- kann die Politik noch gezielter für ein leistbares Wohnen tätig werden,
- ist die Nahversorgung so gesichert, dass mobilitätseingeschränkte Menschen trotzdem alle wichtigen Dienste in Anspruch nehmen können?

Was ist unser Ziel? Gibt es den einen großen gemeinsamen Nenner, der heißt, dass es – am Ende des Weges - keine Armut geben soll? Es braucht gemeinsames Wahrnehmen und eine geteilte Einschätzung, wo wir in Sachen Armutsvorbeugung hinkommen wollen und was wir dafür investieren werden. Und beim Investieren geht es um Aufmerksamkeit, Fachwissen, Planung und natürlich auch um machbare Finanzierungen, sei es nun für Löhne, für Steuererleichterungen oder auch für eine gerechte Subventionspolitik.

Armut – ein Thema für jede/n?

Armut muss uns aber auch persönlich beschäftigen. Kann ich und will ich hinschauen, wo Menschen bedürftig sind, wo jemand zu kurz kommt? Dabei geht es nicht nur um die Menschen auf der Straße, die um ein Almosen betteln – und uns vielleicht nicht immer ganz geheuer sind. Es sind vielleicht Menschen, die arbeiten, die eine Familie erhalten, die gerne Anteil haben, am gesellschaftlichen Leben – aber das nicht so recht schaffen.

Sie leben vielleicht noch nicht so lange hier und kennen nicht unsere Gewohnheiten und haben nicht die Kontakte, um sich bei Behörden oder auf der Wohnungssuche zurechtzufinden. Sie müssen vielleicht mit einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung leben, die für Dritte nicht erkennbar ist, aber maßgebliche Einschränkungen mit sich bringt. Sie und andere gehören zur Gruppe der Armutsgefährdeten und leben Tür an Tür mit uns.

Persönlich aber bewirken wir auch durch unseren Lebensstil und unser Konsumverhalten, letztlich auch mit unseren politischen Präferenzen, wie Armut weltweit verstärkt oder auch eingeschränkt wird. Produkte zu sagenhaften Preisen lassen sich nur anbieten, wenn über ein geschicktes Vertriebsnetz hinaus auch die Herstellung in jederlei Hinsicht billig und die Arbeit mit Niedriglöhnen zustande kommt.

All dies ist kein Geheimnis. Gefährlich ist allerdings eine fatalistische Haltung, wenn wir uns sagen, dass letztlich alles unveränderlich sei: Der Markt regelt sich selbst, der Verzicht auf ein Billigprodukt aus einem Schwellenland gefährdet ja auch Arbeitsplätze, und für eine faire Wirtschaft fehlt die Basis. Nachhaltiges und achtsames Handeln kann sehr wohl mit dazu beitragen, Armut in Südtirol wie auch weltweit zurückzudrängen – es gibt viele ermutigende Beispiele.

Alle gegen Armut heißt absolut auch, jeder und jede einzelne gegen Armut. Wenn wir es uns nicht täglich neu zum Ziel setzen, bleibt die Idee „keine Armut“ tatsächlich nur eine Illusion.

Gegen Armut braucht es das Bemühen aller

Als Dachverband haben wir die Arbeiten im Vorfeld dieser Tagung und die Gespräche mit Fachleuten und Funktionär/innen genutzt, um den Boden für ein gemeinsames Vorgehen zu bereiten. Es gibt verschiedene Einrichtungen und Organisationen, welche Daten und Erfahrungen zum Auftreten von Armut einbringen können und es sei ihnen an dieser Stelle gedankt, wenn das Zusammenführen und Verknüpfen dieser Informationen gelingen kann.

Diese Daten sollen ebenso wie die praktische und wissenschaftliche Sachkenntnis aller Beteiligten in einen ständigen Dialog einfließen, wo abgewogen wird, was zu tun ist und wer was machen kann und plant. Wir werden später einen konkreten Vorschlag einbringen, wie ein solches Vorgehen gestaltet werden kann und bieten dazu, wenn es sinnvoll ist, eine Funktion als Netzwerkorganisatoren an. Es ist uns aber bewusst, dass es vor allem die Autoritäten aus Politik und Behörden braucht, aus Interessensverbänden und Wohlfahrtseinrichtungen, aus Schule, Drittem Sektor und nicht zuletzt aus den Religionsgemeinschaften.

Ziel ist es, bald schon in organisierter Form und Regelmäßigkeit Schritt für Schritt zu setzen und im besten Fall bei einer nächsten Fachtagung zum Thema auch Erfolge vorweisen zu können, wie spürbar daran gearbeitet werden konnte, und dass das Auftreten von Armut zurückgegangen sein wird.

Gegen Armut – Schritt für Schritt

Der Dachverband ist selbst ein Netzwerk – mit derzeit gut 60 Mitgliedsorganisationen – und er pflegt Vernetzungen nach allen Seiten, um große Ziele im wahrsten Sinn mit allen Kräften anzupfeilen. Was das Thema Armut betrifft, sei hier nur kurz angeführt:

- **Die Armutstagung „Formen der Armut“ 2019**
Das Hauptaugenmerk galt der Bewusstseinsbildung für die Vielfalt von Armut in Südtirol. Erste Veranstaltungspartner waren Caritas, KVW, Südtiroler Vinzenzgemeinschaft und Gruppo Volontarius, der Bischof und der Landeshauptmann übernahmen die

Schirmherrschaft zur Tagung,

die Landesabteilung Soziales und die Stiftung Südtiroler Sparkasse die Finanzierung.

- **Das Fachgespräch 2021: Unser Verständnis von „Armut in Südtirol“**

Zwei Jahre später wurde das Thema in einem kleineren Rahmen vertieft, wobei die Ergebnisse einer Recherche des Dachverbandes vorgestellt und von verschiedenen Expert*innen vertieft wurden. Außerdem wurde die Website poor.bz.it vorgestellt, die eine Plattform zur Sammlung aller relevanten Angaben zur Armutsbekämpfung darstellen sollte.

- **Die Task Force Armut 2021 des Assessorates für Soziales**

Angesichts der Auswirkung von Corona und von den erhöhten Energiekosten wurde eine task force einberufen, die sich wenige Male getroffen hat.

- **Die Thementische und Tagung zur Eurac- und AFI-Studie „Soziale Mobilität“ 2023-2024**

Zusammen mit den Forschungseinrichtungen hat der Dachverband – ausgehend von den Forschungsergebnissen der Studie „Soziale Mobilität in Südtirol: wie gut funktioniert der soziale Aufzug“ – Fachkräfte verschiedenster Institutionen zu Thementischen über Aspekte der Armut eingeladen und mit diesen insgesamt 14 Handlungsempfehlungen erarbeitet, die dann politischen und anderen Entscheidungsträgern unterbreitet wurden.

Die Armutstagung 2024 „Alle gegen Armut“, ein neuer Anlauf für eine kontinuierliche Kooperation zur Armutsbekämpfung wird unternommen.



Armut – Wahrnehmung und Ausblick

Ergebnisse und Folgerungen aus den Expert/innen-Interviews



Karl Gudauner, Jurist und Publizist

Einleitung

Armut ist eine zentrale soziale Problematik, die seit jeher in der Gesellschaft anzutreffen ist. Historisch gesehen weist Armut im Laufe der Zeit entsprechend den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den prägenden kulturellen und ethischen Leitideen unterschiedliche Ausprägungen auf. Entsprechend sind auch Formen der Hilfestellung zur Linderung der Armut entwickelt worden. In ihren zahlreichen Facetten der Benachteiligung mindert Armut die Entfaltung, das Wohlergehen und die Lebenschancen der Menschen.

Sozialer Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit müssen in der Regierungsverantwortung und in der Wirtschaftstätigkeit als politischer Auftrag Eingang finden. Dazu ist es erforderlich, entsprechende Grundsätze und Steuerungsmechanismen zu entwickeln, die in den gesellschaftlichen Regelwerken, von der Steuerpolitik über die Lohnpolitik bis zur Sozialpolitik, von der Produktions- und Dienstleistungstätigkeit über den Kreditsektor bis hin zur Finanzwelt ihre Wirkung entfalten. Ausgehend von der Anerkennung gemeinsamer ethischer Prinzipien sind im Sinne der Transparenz, Fairness und sozialen Nachhaltigkeit eklatante, bestehende Diskriminierungsfaktoren zu korrigieren und durch neue Ansätze zu ersetzen, die den Interessenausgleich als Steuerungsprinzip installieren.

Bei der Armutstagung im Jahr 2019 ist die gesellschaftliche Verantwortung für wirksame Hilfestellungen im Vordergrund gestanden. Zur Vertiefung des Problemfeldes hielt es der Dachverband für Soziales und Gesundheit für angebracht, nach der Pandemie im Rahmen von ausführlichen Interviews eine neuerliche Standortbestimmung vorzunehmen. In Interviews wurde erörtert, wie die verschiedenen Situationen der Armut wahrgenommen werden. Dies ist mit dem Hauptanliegen erfolgt, aufgrund der Rückmeldungen herauszuarbeiten, welche präventiven Maßnahmen zur Vermeidung von Armut geeignet sind. Konkrete Themen waren die Entwicklung der Bedarfslagen, die Einschätzung der Wirksamkeit der Unterstützungsmaßnahmen und die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und 3. Sektor. Die Befragung von insgesamt rund 20 Vertreter/innen der verschiedenen sozialen Organisationen und der öffentlichen Institutionen hat gezeigt, dass die Sensibilität für die Armutslagen und deren Folgen allgemein gestiegen ist, zumal diese sich in den letzten Jahren ausgeweitet haben. Es wurden zahlreiche Anregungen gesammelt, die unterstreichen, dass die Armutsbekämpfung in Südtirol wirksamer gestaltet werden kann, wenn verstärkt auf präventive Maßnahmen gesetzt wird und alle gesellschaftlichen Akteure diesbezüglich Verantwortung übernehmen.

Perspektiven der Armutsbekämpfung

In Südtirol ist die Ausbreitung der Armut deutlich spürbar. Statistiken und Studien bestätigen die Alltagserfahrungen der öffentlichen Anlaufstellen und der sozialen Organisationen. Der DSG hat dank insgesamt 18 Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener sozialer Organisationen und Verbände sowie Institutionen ein Bild der Armutslagen und Benachteiligungen erstellt. Es zeigt, dass arme und benachteiligte Individuen sowie Familien vor großen Herausforderungen in der Alltagsbewältigung stehen, die auch ihre Zukunftschancen eintrüben. Armutsbekämpfung wird mehr und mehr zu einer Langzeitaufgabe, die mit dem Ziel der Inklusion verknüpft werden muss. Die sozialen Leistungen der öffentlichen Hand müssen sowohl wirksame Maßnahmen zur Überbrückung von vorübergehenden Notlagen beinhalten als auch auf die Bewältigung anhaltender Lücken in der Existenzsicherung und Situationen der Benachteiligung ausgerichtet sein. Entsprechend sind die strategischen Konzepte und die Maßnahmen anzupassen.

Das Ziel ist jeweils, die Menschen über die Sicherung der Grundbedürfnisse hinaus durch die Stärkung ihrer Würde und Eigeninitiative sowie die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu führen. Grundlegend hierfür ist, dass ihre beruflichen und sozialen Kompetenzen erkannt und zur Geltung gebracht werden, aber auch ihre Einbindung in die Gemeinschaft im Bewusstsein, darin eine soziale Rolle selbst gestalterisch ausfüllen und wahrnehmen zu können. Damit es gelingt, die Armut einzudämmen und Wohlbefinden und Solidarität in der Gemeinschaft zu verankern, muss eine Werthaltung des Füreinander-Daseins und wechselseitiger Fürsorglichkeit propagiert werden.

Auf organisatorischer Ebene ergeben sich aus dem Zusammenrücken Chancen für die Optimierung des Einsatzes von personellen und finanziellen Ressourcen, die seitens der öffentlichen Hand und in maßgeblichem Umfang auch von den gemeinnützigen sozialen Organisationen bereitgestellt werden. Dazu sind die Hilfestellungen von Land und Gemeinden mit denen der im Bereich der Armutsbekämpfung sehr aktiven sozialen Organisationen und Verbände besser abzustimmen und zu vernetzen. Diese haben seit vielen Jahren vorrangig die Aufgabe übernommen, Menschen zu unterstützen, deren Lebensbedingungen von Armut und sozialer Ausgrenzung charakterisiert sind. Dank ihrer privatrechtlichen Stellung sind sie im Vorteil gegenüber der öffentlichen Hand. Diese braucht lange, um Bedarfslagen zu erfassen und einzuordnen und hierfür Strategien und Maßnahmen zu entwickeln und dazu einen gesetzlichen Rahmen zu definieren. Die gemeinnützigen sozialen Organisationen sind in der Lage, schnell zu helfen und flexibel auf Erfordernisse zu reagieren. Die aktive Mitarbeit von freiwilligen Helferinnen und Helfern, die die gesellschaftlichen Bruchlinien und die sozialen Probleme kennen sowie nahe an den sozialen Hotspots sind, trägt maßgeblich zu einer erfolgreichen Sozialarbeit der Non-Profit-Organisationen bei.

Armutsbekämpfung ist keine Systemleistung

Wechselvolle individuelle Schicksale und familiäre Konstellationen sowie Veränderungen in der materiellen Absicherung bringen es mit sich, dass im Laufe des Lebens ganz unterschiedliche Problemlagen zu bewältigen sind. Das gelingt nicht ohne die Unterstützung anderer. Familie und Freunde sind in solchen Situationen eine wertvolle Stütze. Charakteristisch für die breit angelegten sozialen Maßnahmen in Südtirol ist, dass sie von ihrer historischen Entwicklung vorwiegend auf bestimmte Zielgruppen und Personen mit amtlich bescheinigten Beeinträchtigungen ausgerichtet sind. Dank der autonomen Zuständigkeit konnten zahlreiche Maßnahmen aufgebaut werden, die umfangreiche Unterstützungen für spezifische Benachteiligungen bieten.

Als wesentliche Ziele der Sozialpolitik haben sich traditionell die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der eigenständigen Lebensführung herauskristallisiert. Einige Unterstützungen wie das 2007 eingeführte Pflegegeld des Landes oder das Landesfamiliengeld, das 2013 eine gesetzliche Grundlage erhielt, werden als universelle Sozialleistungen erbracht, andere gemäß bestimmten Kriterien der Bedürftigkeit aufgrund von Einkommensgrenzen zuerkannt.

Die öffentliche Hand bietet auch eine Hilfestellung bei finanzieller Armut. Was die Existenzsicherung von Menschen ohne Einkommen und ausreichender eigener Finanzkraft angeht, ist mit dem sozialen Mindesteinkommen bereits 1973 ein Beitrag des Landes eingeführt worden. Diese vorausblickende Maßnahme ist von ihrem Konzept auf die Bewältigung von vorübergehenden Notlagen ausgerichtet, an den Nachweis der Bedürftigkeit geknüpft und mit verpflichtenden Initiativen für die Integration in den Arbeitsmarkt verbunden. Sie erfüllt also nur dank der gewährten Verlängerungen der Bezugsdauer die Rolle eines Grundeinkommens, das dauerhaft bezogen werden kann. Aufgrund dieser Rahmensetzung lässt sich feststellen: Armutsbekämpfung ist von der bisherigen Ausrichtung und gesetzlichen Rahmensetzung keine umfassende Systemleistung der öffentlichen Hand.

Das Risiko der Kontingenz, also die Bewältigung verstetigter Notlagen, die die Menschen oder die Familien treffen und aus der Bahn werfen können, wurde de facto an karitative Organisationen ausgelagert, die in die Kirche integriert oder Ausdruck zivilgesellschaftlicher Solidarität sind und unbürokratisch finanzielle Hilfestellungen bieten, auch im Rahmen von zum Teil konventionierten Strukturen und Dienstleistungen. Solche Situationen der Existenzgefährdung waren über lange Zeit überschaubar, erfuhren und erfahren breite gesellschaftliche Anteilnahme und fanden u.a. in spezifischen privaten Hilfsfonds eine bewährte Verankerung. Durch die Migrationsbewegungen hat sich jedoch die Anzahl der armen und sozial benachteiligten Menschen und das Profil der Benachteiligungen grundlegend verändert.

Migration als große Herausforderung für Gesellschaft und Sozialsystem

Die Gesellschaft und das Arbeitsmarkt- und Sozialsystem waren noch in den 90er Jahren in der Lage, den steigenden Zuzug von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern und selbst die Zuwanderung von Menschen aus dem Balkan infolge des Jugoslawienkriegs zu bewältigen. Weitgehend bestand die Auffassung, dass Arbeit und Einkommen ausreichen würden, um die Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Heute stellen wir fest, dass die zweite Generation der Zugewanderten die Integration durchaus konfliktreich erlebt und häufig deren Eltern eine engere Bindung an die lokale Bevölkerung und Lebensart fehlt, da sie sich meist im angestammten Kulturkreis bewegen. Die Annahme, dass unsere Gesellschaft und unsere Institutionen sich mit einer Konstellation nur lokal verorteter Armuts- und Notlagen auseinandersetzen müssen, wurde durch die Migrationswellen ab 2015 definitiv als naive und selbstgefällige Vision entlarvt.

Es sind nämlich zahlreiche mittellose geflüchtete Menschen und Familien vor allem aus außereuropäischen Ländern gekommen, für die in einer neuen Umgebung zunächst Unterkunft, Verpflegung und ein Auskommen organisiert werden musste – eine riesige Herausforderung für unser Arbeitsmarkt- und Sozialsystem. Bis auf die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine haben sich inzwischen die Ankunftsahlen verringert. Doch die Perspektive ist für Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, aber auch für viele, deren Wartezeit auf die Anerkennung des Flüchtlingsstatus sich in die Länge zieht, damit sie in Südtirol Fuß fassen können, Arbeit finden und ihren Kindern ein regulärer Schulbesuch ermöglicht wird. Sie können nicht über Monate und Jahre hinweg in einer undefinierten Schwebesituation belassen werden, sondern brauchen für ihr Wohlbefinden und die Überwindung der Traumata der Fluchterlebnisse einen Übergang in den

Alltag privater und beruflicher Lebensgestaltung und der Eingewöhnung in das neue soziale, kulturelle und rechtsstaatliche Umfeld. Arbeitsmarktservice, Sozialdienste, Schulen und soziale Organisationen tun ihr Möglichstes, um Integration und Inklusion zu ermöglichen.

Die staatliche Einwanderungspolitik war angesichts der Migrationswelle ab dem Jahr 2015 zunächst auf die Bereitstellung von Aufnahmezentren ausgerichtet, die eine Mindestversorgung gewährleisten. Die sozialen Verbände sind in die Bresche gesprungen, um mit eigenen Initiativen und Dienstleistungen eine menschenwürdige Behandlung der Geflüchteten zu gewährleisten und darauf zu drängen, dass der Staat der verfassungsmäßigen Verantwortung gerecht wird und entsprechende Projekte unterstützt. Gegenüber den großen Aufnahmezentren, in denen die Versorgung auf ein Minimum reduziert war, haben sich die SPRAR-Projekte auf Gemeindeebene dank umfassenderer Informations-, Betreuungs- und Inklusionsleistungen als erfolgreichere Integrationsstrategie erwiesen. Dass davon wieder Abstand genommen worden ist, beruht auf populistischen Überlegungen der maßgeblichen Regierungsparteien. Die internationale Problematik der Migration erwies sich als wohlfeiles Instrument der Konsensoptimierung. Mit dieser Zielsetzung wurden die Betreuungsimpulse des Staates auf ein Minimum gesetzt und als politisches Signal die Strafverfolgung der illegalen Einwanderung beschlossen. Inzwischen wird erneut auf große Abschiebezentren gesetzt. Sogar die Auslagerung der Geflüchteten in von Italien finanzierte Aufnahmezentren in Albanien bis zur Überprüfung der Asylanträge ist jetzt Standard italienischer Einwanderungspolitik, während an den Menschenrechten orientierte Maßnahmen der Integration und Inklusion auf den Schultern von Sozialverbänden und Non-Profit-Akteuren lasten.

Sozialpolitik jenseits des Notfallmanagements

Sowohl in Bezug auf die Verstärkung von Armutslagen, die Einheimische betreffen, als auch in Bezug auf die Integration von politischen und Wirtschaftsflüchtlingen erweist es sich in Südtirol als Hürde, dass armutspezifische Unterstützungen der öffentlichen Hand in erster Linie auf das Notfallmanagement ausgerichtet sind. Die Stoßrichtung der Maßnahmen berücksichtigt somit zu wenig die Situationen der Verfestigung von Armutslagen und Benachteiligungen, die mehr und mehr die Gesellschaft prägen. Es sind zunehmend Maßnahmen erforderlich, die laufend Beratung und Begleitung für Menschen mit Benachteiligungen gewährleisten, ihre Eigenverantwortung und ihre Bereitschaft zur proaktiven Lebensgestaltung aktivieren und ihnen einen Weg für eine stabile Integration in die Gemeinschaft anbahnen. Die Problematik der Armutsbekämpfung ist nur eine Facette, nur ein erster Schritt zur Herstellung von Wohlbefinden und zur Befähigung eigenständiger Lebensgestaltung.

Ob es sich um italienische Staatsbürger, Menschen aus EU-Ländern oder aus Drittstaaten handelt, es gilt, auch für den zweiten Schritt geeignete Strategien und Unterstützungen zu entwickeln und umzusetzen, den der gelingenden Inklusion. Hierfür ist eine bessere Vernetzung des Sozialsystems vor allem mit der Sanität und dem Bildungssystem notwendig, aber auch der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice und den privaten Trägern sozialer Strukturen und Dienstleistungen. Der Staat hat 2017 eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen, um die gemeinsame Programmierung und Planung von sozialen Maßnahmen durch öffentliche Körperschaften und im Sozialbereich engagierte Non-Profit-Organisationen zu fördern. Bisher haben in Südtirol Zweifel an deren Nutzungsspielraum eine systematische Verwendung verhindert. Die Klärung der offenen Fragen und die Erkenntnisse aus den diesbezüglichen Erfahrungen anderer Regionen sollten künftig dieses Instrument zu einer fixen Größe für eine partizipativ entwickelte lokale Sozialpolitik machen.

Zweifellos ist damit ein Schritt gesetzt worden, der die Rolle des sog. dritten Sektors als Kooperationspartner der öffentlichen Hand bei der Erarbeitung und der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen formell anerkennt. Damit sind generell die Voraussetzungen für einen Schulterschluss zwischen den verschiedenen Institutionen, die auf nationaler und lokaler Ebene die Sozialpolitik gestalten, und den Sozialverbänden und Non-Profit-Organisationen geschaffen worden. Es ist zu erwarten, dass letztere insbesondere bei der Integration und Inklusion von Geflüchteten, aber auch bei der gesellschaftlichen Beheimatung von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund als wertorientierte Impulsgeber und als kompetente Dienstleister Akzente setzen werden.

Migrationspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die durch die Vernetzung öffentlicher und privater Akteure als solche erkennbar gemacht wird. Die Wissensplattform „Welforum“ hat kürzlich in einem Beitrag die Selektivität der staatlichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung hervorgehoben und auf die neuen „sozialen Peripherien“ hingewiesen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass verschiedene Personengruppen keinen dauerhaften Anschluss an die Gemeinschaft finden. Individuelle Situationen der Vulnerabilität, instabile Bezüge zum Arbeitsmarktsystem, schwierige soziale Verhältnisse und traumatische lebensweltliche Erfahrungen führen dazu, dass es immer mehr Menschen gibt, die auf der Irrfahrt zwischen prekären Beschäftigungsverhältnissen, den inzwischen drastisch eingeschränkten Unterstützungen der öffentlichen Hand und den Handreichungen der sozialen Hilfsorganisationen keinen Boden unter den Füßen gewinnen.

Laut dem Jahresbericht des INPS haben etwa 60% der als arm eingestuften Personen den *Reddito di Cittadinanza* (RdC) bezogen. Aufgrund der Verschärfung der Zugangskriterien besteht nun das Risiko, dass nur mehr 20%-30% davon Anspruch auf die in „*Assegno di inclusione*“ (ADI) umbenannte staatliche Unterstützung haben. Die Annahme, dass bisherige Bezieher/innen des RdC Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, dürfte sich aufgrund verschiedener Hürden nicht als stichhaltig erweisen. Kriterien wie der Nachweis einer kontinuierlichen Ansässigkeit oder die Fallübernahme durch die Sozialdienste sind für Obdachlose schwierig zu erfüllen.

Langzeitarbeitslose, Menschen, die sich an den Rändern des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft bewegen, junge Menschen, die zwischen prekären Beschäftigungsformen, Gelegenheitsjobs und Praktika auf der Suche nach einem Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einem stabilen Einkommen sind, die Bewohner/innen vernachlässigter Peripherien und natürlich die in Italien gestrandeten Geflüchteten haben keinen oder keinen ausreichenden Zugang zu staatlichen Unterstützungen. Die Hilfestellungen der Sozialverbände und sonstiger zivilgesellschaftlichen Organisationen sind somit der einzige Halt.

In der Übersicht zu den sozialstaatlichen Systemen wird die Funktion der Non-Profit-Organisationen im Beitrag von Welforum als dritter sozialstaatlicher Pfeiler („*Terzo Welfare*“) bezeichnet, da sie im Unterschied zu den ersten beiden Pfeilern Integrations- und Inklusionsaufgaben nur dank eigener Ressourcen wahrnehmen. Dem ersten Pfeiler sind die gesetzlich festgelegten staatlichen Hilfestellungen für genau definierte Bedarfsgruppen zugeordnet. Kennzeichen des zweiten Pfeilers ist die geregelte Kooperation zwischen öffentlicher Hand und drittem Sektor. Diese Klassifizierung ist zutreffend, was den Status Quo angeht. Angepeilt werden sollte jedoch eine Ausweitung der Verantwortungsübernahme des Staates und der nachgereichten Körperschaften für die gesamte Bandbreite der sozialen Benachteiligungen und sozialen Ausgrenzungen und die Definition eines übergreifenden Konzepts gemeinschaftlicher Sorgenahme zusammen mit den Organisationen des dritten Sektors. Das ist notwendig, um eine neuerliche strukturelle Ausgrenzung bestimmter Phänomene der sozialen Benachteiligung zu vermeiden. Die von

den sozialen Organisationen in langen Jahren des Einsatzes in ihren Strukturen, in den sozialen Brennpunkten und auf der Straße erworbene Expertise ist eine Gewähr dafür, dass die Strategien und Hilfspläne zielgerichtet austariert und qualitative Gesichtspunkte der Hilfestellung wie Menschenwürde, Respekt und Toleranz angemessen berücksichtigt werden.

Befristete finanzielle Zuwendungen zur Überwindung der Notlage und standardisierte Beratung greifen bei den genannten Problemstellungen zu kurz. Das auf die Behebung spezifischer Benachteiligungen ausgerichtete System sukzessiver Interventionen unterschiedlicher Ämter und Behörden muss auf eine vernetzte Arbeitsweise umgestellt werden. Eine wirksame Unterstützung der bedürftigen Menschen und Personengruppen erfordert zeitlich und aufwandsmäßig umfassendere Dienstleistungen, nämlich die Entfaltung eines abgestimmten Pakets, das bei der proaktiven Eigenverantwortung und der Resilienzförderung ansetzt: Nur eine angemessene Begleitung auf dem steinigen Weg zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung, zur Integration und Inklusion verspricht zählbare Erfolge.

Strukturelle Hürden in der Hilfestellung

Das formale Setting der sozialen Unterstützungen beruht auf Werthaltungen, Erfahrungen im Umgang mit sozialen Notlagen und Problemstellungen und einer Reihe von Verwaltungsmaßnahmen zur Regelung der Durchführung der gesetzlich vorgesehenen Hilfestellungen. Das Grundproblem der Aufgliederung der Armutsbekämpfung zwischen einer Reihe selektiver Maßnahmen der öffentlichen Hand und einer inzwischen sehr umfangreichen Palette an Hilfestellungen der sozialen Organisationen, vor allem mit Non-Profit-Charakter, ist bereits oben erwähnt. Mehr Zusammenarbeit und mehr Koordinierung sind unausweichlich. Wie die Interviews gezeigt haben, gibt es jedoch noch eine Reihe von strukturellen Hürden in dem gewiss großen und weitläufigen Gebäude an sozialen Maßnahmen. Diese sind einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen:

- zu eng gefasste Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Hilfestellungen (zu niedrige Einkommensgrenzen bzw. die Berücksichtigung von Einkünften, die eigentlich nicht als solche eingestuft werden sollten)
- zu starre Einkommensgrenzen für die Beanspruchung von existenzsichernden Unterstützungen mit großen Auswirkungen auf Personen, die über oder unter dieser Grenze liegen
- die fehlende Anpassung der Unterstützungen an die Inflation
- die Aufgliederung der Unterstützungen auf unterschiedliche Verwaltungen mit jeweils unterschiedlichen Anlaufstellen, Bedingungen für die Bezugsberechtigung und Portalen für die Klient/innen
- die Notwendigkeit der Vorlage von Dokumenten zur Bestätigung der Antragsberechtigung zu Sachlagen, die bereits von anderen Behörden erfasst wurden
- die Notwendigkeit der Vorlage von Dokumenten, für die ein Rechtsanwalt eingeschaltet werden muss
- keine ausreichende und systematische Hilfestellung seitens der zuständigen Behörden bei der Antragsstellung um Unterstützungen
- keine einheitliche Anlaufstelle für die Beantragung von existenzsichernden Unterstützungen
- unzureichende Spielräume der Sozialdienste für die Umsetzung inklusionsfördernder Maßnahmen
- ein zu weit gefasster Personalschlüssel für die Betreuung von Seniorinnen und Senioren im Vergleich zu den Menschen mit Behinderung

- fehlende Abstimmung der Fallbearbeitung von öffentlichen und privaten Einrichtungen aufgrund von Datenschutzbestimmungen (trifft auch zwischen den privaten Einrichtungen selbst zu)
- Koordinierungsprobleme zwischen Einrichtungen des Landes, des Sanitätsbetriebs und den Gemeinden
- lange Wartezeiten auf fachärztliche Visiten
- Hürden für Nicht-EU-Bürger/innen im Zugang zu gesundheitlichen Leistungen
- zu wenig Personal für die Bewältigung der zugeteilten Aufgaben

Probleme in den Blick nehmen

Armut und Ausgrenzung sind Themen, die die Stabilität der Gesellschaft gefährden, wenn diese nicht zu einer verantwortungsvollen und proaktiven Haltung findet. Die Gesellschaft muss die sozialen Probleme in ihrer Breite in den Blick nehmen. Dank der Erfahrungswerte der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und der durch Studien erworbenen Expertise in medizinischer, psychologischer, psychiatrischer und sozialwissenschaftlicher Hinsicht werden Armutsphänomene und Situationen der Benachteiligung inzwischen sehr umfassend in ihren Ursachen, Zusammenhängen und Wirkungen erfasst. Die individuellen Fälle, die bearbeitet werden, benötigen aufgrund ihrer Multidimensionalität und der familiären und milieuspezifischen Charakteristiken eine jeweils unterschiedliche Herangehensweise. Eine unzureichende finanzielle Absicherung ist nur ein Indiz für Benachteiligungen. Deshalb ist es angebracht, Situationen der Armut in ihrer Komplexität zu ergründen.

Als erste direkte Ansprechpartner vor allem der von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen haben die Sozialverbände diesbezüglich Erfahrung gesammelt und Praktiken der Erstaufnahme mit hohen qualitativen Standards entwickelt. Qualifizierte Mitarbeiter/innen sorgen in niederschweligen Anlaufstellen und eigenen Strukturen dafür, dass über die Erstversorgung hinaus (Wohnen, Verpflegung, Hygiene) die Menschen eine Unterstützung erhalten, um sich in dem neuen Umfeld zu orientieren und für ihr Wohlbefinden unerlässliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Auf institutioneller Ebene sind die Sozialdienste für arme und armutsgefährdete sowie allgemein für sozial benachteiligte Menschen eine wichtige Anlaufstelle. Sozialassistent/innen und Sozialpädagog/innen leisten eine wertvolle Arbeit, indem sie über die Wege zur Arbeitsintegration informieren und Kontakte mit Ämtern und Behörden herstellen. Sie analysieren insbesondere Faktoren und Komponenten der Benachteiligung und vereinbaren mit den Betroffenen individuelle Projekte für die Arbeitsintegration und die soziale Inklusion.

Aufgrund der Interviews mit den verschiedenen sozialen Stakeholdern haben sich fünf zentrale Bereiche für die Armutsbekämpfung herauskristallisiert, an denen erkenntlich ist, dass an verschiedenen Schalthebeln anzusetzen ist, die miteinander in Synergie zu bringen sind:

- Existenzsicherung
- Finanzielle Notlagen
- Beziehungsarmut
- Bildungsarmut
- Teilhabearmut

Die Absicherung der Grundbedürfnisse ist die Voraussetzung, damit Menschen in Notlagen und Menschen mit Benachteiligungen imstande sind, ihr Potential an Begabungen und Resilienz zu entfalten und anschlussfähig an den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu werden. Zusätzlich zu Maßnahmen für die Überbrückung von Notlagen sind Hilfestellungen bereitzustellen, die eine

dauerhafte und im Laufe der Zeit eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Über die formalen Interaktionen mit Ämtern und Behörden hinaus sind zwischenmenschliche Kontakte im Alltag und die Einbindung in das gesellschaftliche Umfeld wesentliche Bausteine für die Inklusion. Die Gemeinden können dazu einen Beitrag leisten, indem sie informelle Treffpunkte schaffen, Inklusionsprojekte fördern oder selbst umsetzen und die sozialen Organisationen bei der Umsetzung von Freizeitangeboten unterstützen. Die Einbindung von sozial benachteiligten Gruppen in das Dorfleben und in die Aktivitäten der Stadtviertel ermöglicht es, Kommunikationsbarrieren abzubauen und wechselseitige kulturelle Abkapselung durch Begegnung und Austausch aufzuweichen.

Das Bildungssystem muss große Herausforderungen bewältigen, wenn Kinder, deren Muttersprache weder Deutsch noch Italienisch ist, von heute auf morgen in den Kindergarten oder in die Schulklassen aufgenommen werden. Das bedeutet, mit Improvisation, deutlichem Mehraufwand und großem Einfühlungsvermögen sicherzustellen, dass die Kinder sich in der neuen Umgebung angenommen fühlen. Natürlich sind sie unmittelbar nicht imstande, den Anschluss an das durchschnittliche Leistungsniveau herzustellen und brauchen Hilfe, um fehlende Erfolgserlebnisse und Integrationsschwierigkeiten in und außerhalb der Schule zu kompensieren. Eine Erweiterung der Unterstützungen ist bereits geplant und höchst notwendig. Zugleich muss den Bildungssystemen genügend Spielraum gegeben werden, damit sie diese Aufgabe meistern können. Wenn es darum geht, die Bildungs- und die Lebenschancen der Kinder zu gewährleisten, rücken formale Aspekte zugunsten von kreativen und wirksamen Lösungen in den Hintergrund. Schließlich handelt es sich darum, Ausnahmesituationen zu gestalten, die die autonomiepolitischen Regeln nicht in Frage stellen.

Erfordernisse aus der Sicht der Benachteiligten

Die Gesellschaft muss ihre Bereitschaft zur Wahrnehmung der sozialen Problematiken verbessern. Sehr hilfreich ist es, wenn sie einmal anstatt der Konzentration auf die distanzierte institutionelle Sorgspflicht einen Perspektivenwechsel vollzieht und die Armutphänomene aus der Sicht der Betroffenen anschaut. Für die Menschen, die sich in Situationen der Armut und der Benachteiligung befinden, sind folgende Punkte maßgeblich:

- Information über die Palette an Hilfestellungen
- niederschwellige Anlaufstellen
- wertschätzender Umgang
- kompetente Ansprechpartner/innen
- klare Regelwerke
- unbürokratische Verfahren
- Unterstützung bei der Erstellung von Anträgen
- Hilfestellung bei digitalen Hürden
- Vermeidung der Beschämung
- wirksame Hilfestellungen

Diesbezüglich sollte die Praxis der verschiedenen Verwaltungen im Hinblick auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft werden. Eine aktive Einbeziehung der Vertretungen der Menschen in Armut und der benachteiligten Individuen und Familien kann dazu beitragen, Verständigungshürden abzubauen und sachdienliche Lösungen in den Vordergrund zu stellen. Die Anhörung von Betroffenen und deren Mitsprache sollten ausgebaut werden.

Zentrale Handlungsfelder

Ob es um Kinderbetreuung, schulische Integration, Lebenshaltungskosten, Arbeitseingliederung, psychische Beeinträchtigungen oder die Alltagsbewältigung von Senior/innen, Alleinerziehenden und Migrant/innen geht: Soziale Problemstellungen kommen nicht erst seit dem Nachhaltigkeitsdokument der UNO von 2015 immer häufiger in die Schlagzeilen der Medien. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Armut, Benachteiligungen und fehlende Chancengerechtigkeit sozial und politisch virulent geworden sind. Es häufen sich Stellungnahmen von sozialen Organisationen, Gewerkschaften und Parteien, die den Handlungsbedarf unterstreichen und Anregungen zu den Lösungen liefern. Naturgemäß liegt der Fokus immer auf den Mangelercheinungen und Defiziten. Die Bedeutung und das Ausbaupotenzial der zahlreichen bestehenden sozialen Strukturen und Dienste rücken damit in den Hintergrund und werden zu wenig wertgeschätzt. Dabei sind sie die Grundlage für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen. Und das nicht nur, weil Gebäude zur Verfügung stehen, sondern auch weil der langjährige Einsatz der Fachkräfte einen wichtigen Erfahrungsschatz für einen bedarfsgerechten Umbau darstellt.

In den Interviews mit Vertreter/innen der Sozialverbände und der Institutionen sind auf dem Hintergrund ihrer Informations-, Beratungs- und Begleitungstätigkeit sowie der Rolle als Trägerorganisationen sozialer Dienste zahlreiche Anregungen für eine wirksame Armutsbekämpfung gesammelt worden. In der folgenden Aufstellung werden diese zu ausgewählten Bereichen kurz dargestellt. Der DSG hat gemeinsam mit anderen Organisationen und Expert/innen in themenspezifischen Treffen zudem Positionspapiere erstellt bzw. unterstützt entsprechenden Vorstöße. Nach Bereichen gegliedert sehen die Interviewpartner/innen folgende Maßnahmen als vorrangig an:

Mehr Menschlichkeit

Heutzutage sind Individualismus, Entsolidarisierung demzufolge eine Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen Wohlstandsteilhaber/innen und sozial Benachteiligten prägende gesellschaftliche Muster. Die Welle der Wertschätzung für die sozialen Berufe während der Pandemie ist nicht in eine entsprechende gesellschaftliche Vision umgemünzt worden. Viele Menschen wünschen sich eine nachhaltige Sensibilisierung der Gesellschaft für Armut und soziale Benachteiligungen und die Verankerung einer Kultur der Fürsorglichkeit und der Solidarität. Die soziale Gerechtigkeit sollte in der Gesetzgebung und in der Verwaltung in den Vordergrund gerückt werden. Anstatt der Defizite sollten die Potenziale der Menschen wertgeschätzt und gefördert werden. Die Gemeinschaft ist die gesellschaftliche Ressource, die Wohlbefinden an Maßhalten und Rücksichtnahme misst. Lebens- und Beteiligungschancen ist deshalb gegenüber den Auswüchsen der Bürokratie der Vorrang einzuräumen.

Existenzsicherung

Die Liste der Menschen, die mit Problemen in der Existenzsicherung konfrontiert sind, wird immer länger. Arbeitslose, nicht Erwerbsfähige, Familien mit vielen Kindern oder nur einem Erwerbseinkommen, alleinlebende Personen und darunter vor allem Bezieher/innen der Mindestrente (insbesondere Frauen) und Alleinerziehende sowie Menschen mit Migrationshintergrund gehören dazu. Das bestätigen laufend die statistischen Erhebungen des ASTAT. Neu dazugekommen sind Menschen, die trotz eines regulären Arbeitsvertrages nicht über die Runden kommen, die sog. Working Poor. Eine konkrete Verbesserung ist durch die Anhebung der Löhne und einen Ausgleich des Kaufkraftverlustes zu erzielen. Die Anpassung der finanziellen Unterstützungen der öffentlichen Hand an die Inflation sollte ganz oben auf der To-Do-Liste der Politik gereiht werden. Schließlich sind die Beträge zum Teil seit mehr als 10 Jahren nicht mehr aufgestockt worden. Der Zugang zu

existenzsichernden Unterstützungen sollte vereinfacht werden und unbürokratischer erfolgen, um die Bedürftigen nicht zu Bittsteller/innen zu machen.

Erschwinglicher Wohnraum

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. In Südtirol ist es nicht ausreichend abgesichert. Erschwingliche Wohnungen sind Mangelware. Der seit Jahren blockierte Wohnungsmarkt und zu vorsichtige Schätzungen des Bedarfs an Sozialwohnungen sind hierfür ausschlaggebende Gründe. Fehlgeleitete Steueranreize, ein hohes Interesse finanzkräftiger ausländischer Investoren an unserem hochwertigen Lebensraum, urbanistischer Planungsstillstand und mangelhaftes Leerstandsmanagement tragen zur Verschärfung der Lage bei. Der Kostenanteil der Miete übersteigt häufig 50% des Einkommens von Arbeitnehmer/innen. Neue Wohnbauprogramme des WOBI oder anderer gemeinnütziger Träger scheinen deshalb dringend erforderlich, um allmählich eine bessere Bedarfsabdeckung zu erzielen. Positiv ist, dass Sozialpartner, Politik und Sozialverbände einhellig der Meinung sind, dass dringend entsprechende politische Weichenstellungen notwendig sind. Dafür wird laut Ankündigung die Landesregierung sorgen, indem sie urbanistische Vorschriften wie die Konventionierungen neu ausrichtet und an einigen Schalthebeln des steuerlichen Regelwerks dreht und Anreize für Vermieter/innen schafft, Langzeitmietverträge abzuschließen. Konkrete Lösungen für den Wohnungsbedarf entschärfen nicht nur das soziale Problem, sondern sind, wie die Handelskammer betont, auch für die Erhaltung der Produktivität des Wirtschaftsstandortes unverzichtbar.

Arbeit und Einkommen

Bildungssystem und lokaler Arbeitsmarkt sind nicht in der Lage, dem lokalen Wirtschaftssystem ausreichend neue Arbeitskräfte zuzuführen. Der Arbeitsmarkt ist leergefegt und die Unternehmen aller Branchen stehen untereinander und mit dem öffentlichen Dienst in Konkurrenz bei der Anwerbung von neuen Arbeitskräften. Dabei werden schon seit vielen Jahren massiv Mitarbeiter/innen angeworben, die aus Nicht-EU-Ländern stammen. Südtirol verfügt über eine Reihe von Betrieben, die hoch innovativ sind und sich auf den internationalen Märkten behaupten können. Generell aber weisen in diesem kleinstrukturierten Wirtschaftsgefüge Branchen wie Handel, Tourismus, Landwirtschaft und Dienstleistungen vorwiegend einen niedrigen Qualifikationsbedarf auf.

Die Handelskammer setzt darauf, für eine bessere Bedarfsabdeckung die lokalen Arbeitskraftreserven zu mobilisieren und Frauen, NEET und gering Qualifizierte sowie Migrant/innen dank gezielter Ausbildungs- und Rekrutierungsoffensiven systematisch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Um Impulse für eine nachhaltige Wohlstandssicherung zu setzen, ist laut der neuen Studie des Wifo die Entwicklung der Arbeitsproduktivität anzukurbeln. Dazu ist es notwendig, die Wirtschaftsförderung verstärkt auf die Potenziale von Branchen auszurichten, die dank technischer Innovationskapazität und hohem Qualifikationsniveau der Mitarbeiter/innen eine deutlich höhere Arbeitsproduktivität aufweisen als traditionelle Wirtschaftssektoren, die für das Land prägend sind. Der Tourismus ist bei insgesamt niedrigem Qualifikationsbedarf vor allem aufgrund der Mitnahmeeffekte in anderen Branchen zweifellos eine Triebfeder der Entwicklung des Landes und hat in den letzten 20 Jahren sehr erfolgreich einen Qualitätssprung in der Angebotspalette vollzogen und Südtirol als „Destination“ hervorragend gegenüber der Konkurrenz platziert. Er stößt jedoch vom Wachstum her an Kapazitätsgrenzen und ist vorwiegend auf ausländisches Personal angewiesen, weist also bescheidene Beschäftigungseffekte für den Standort auf. Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, die dank technischer Innovationen Produktion, Lagerung und Verarbeitung optimiert und den Arbeitskräftebedarf deutlich reduziert hat.

Seit mehr als zehn Jahren schleppende Erneuerungen der gesamtstaatlichen Kollektivverträge spiegeln sich auf lokaler Ebene - mit Ausnahme der Industrie - in einer geringen Bereitschaft der Unternehmerverbände, Lohnaufbesserungen zu gewähren, die imstande wären, die hohen Lebenshaltungskosten etwas auszugleichen. Letztlich ist Bewegung in den sozialen Dialog gekommen. Somit besteht die Hoffnung, dass die Sozialpartnerschaft aus dem Standby herauskommt. Es besteht Einverständnis, dass die Arbeitsplätze attraktiver gestaltet und leistungsgerechte Lohnabschlüsse vereinbart werden müssen, die sowohl Produktivitätsentwicklung als auch standortspezifische Preissteigerungen des Warenkorbs berücksichtigen. In der Praxis ist es jedoch schwierig, hierfür Modelle auszuarbeiten, die nicht nur auf Betriebsebene, sondern auf Branchenebene angewendet werden können und eine goldene Regel für die Berücksichtigung der unterschiedlichen Charakteristiken und Produktionsfaktoren größerer und kleiner Unternehmen beinhalten.

Die Regierungskoalition hat einen Umbau des Steuersystems eingeleitet, das auf die Reduzierung der Steuersätze für physische Personen und langfristig auf die Einführung einer niedrigen Flat Tax ausgerichtet ist. Einsparungen bei der Steuer sind für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen immer etwas Willkommenes, weil einem damit im Moment mehr vom Verdienst bleibt. Allerdings bedeutet die Reduzierung der Steuersätze in der Regel, dass auch die Einnahmen des Staates abnehmen. Das ist aufgrund des hohen Schuldenbergs, den Italien angehäuft hat, eine folgenreiche Entscheidung, da Einschnitte bei der Finanzierung von für die Allgemeinheit unverzichtbaren Strukturen und Diensten somit unausweichlich sind. Nur wer ein entsprechend hohes Einkommen erzielt, vermag es, die Preise zu zahlen, die dann verlangt werden, wenn Güter und Dienstleistungen unter Marktbedingungen angeboten werden.

Es liegt in der Kompetenz des Staates, das Steuersystem so auszurichten, dass es zu mehr sozialer Gerechtigkeit beiträgt. In der Verfassung ist der Grundsatz verankert, dass alle Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen einen angemessenen Teil dazu beitragen müssen, um wichtige Strukturen wie etwa die Sanität, die Schule, das öffentliche Transportwesen sowie die sozialen Dienstleistungen zu finanzieren. Angesichts der Schwierigkeiten, die viele Familien haben, über die Runden zu kommen, wäre eine Entlastung des Faktors Arbeit das Gebot der Stunde. Die geringere Besteuerung der Produktionsprämien und Vergünstigungen für betriebliche Sozialleistungen tragen zur Entlastung der Arbeitnehmerhaushalte bei. Steuerliche Vergünstigungen für die Verlängerung des Verbleibs im Arbeitsmarkt könnten dazu beitragen, das Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und das verfügbare Einkommen in den Familien aufzustocken. Auf lokaler Ebene kann an einigen Stellschrauben gedreht werden, damit die Familien finanziell bessergestellt werden: z. B. erscheint es angebracht, bei den Stipendien die Zuverdienstgrenzen für Studentinnen anzuheben und bei sozialen Zuwendungen andere Einkommensquellen in geringerem Maße zu berücksichtigen.

Familie

Im Rahmen ihrer Kompetenzen hat die Landesverwaltung in den letzten 10 Jahren zahlreiche Unterstützungen für die Familien ausgebaut bzw. neu eingeführt. Das Landeskindergeld, das Landeskindergeld +, die sog. Frühen Hilfen, Beiträge zur Absicherung der Erziehungs- und Pflegezeiten, vergünstigte Abonnements für den ÖPNV und sozial gestaltete Gebühren und Tarife auf Gemeindeebene tragen dazu bei, den finanziellen Aufwand für die Familie abzufedern. Vor allem arme und sozial benachteiligte Familien stoßen in einem Hochpreisland, dessen Preisniveau stark durch den boomenden Tourismus beeinflusst wird, immer wieder an die Grenzen der Leistbarkeit von notwendigen Ausgaben. Nicht umsonst haben die Lebensmitteltafeln einen rapid steigenden Andrang

festgestellt. Karitative Einrichtungen, die Bedürftige unterstützen, indem sie bestimmte Zahlungen übernehmen oder Gebrauchsgüter zur Verfügung stellen, tun sich aufgrund der Häufung der Anfragen um Unterstützung zunehmend schwer, die entsprechenden Hilfsfonds mittel- und langfristig wieder aufzustocken.

Allein die Wohnkosten binden einen hohen Anteil des Einkommens. Kinder scheinen, überspitzt formuliert, ein Luxusgut zu sein. Gefordert wird ein weiterer Ausbau der Unterstützungen des Landes. Entsprechende Maßnahmen mit den staatlichen Hilfestellungen abzustimmen ist, wie sich beim neuen staatlichen Kindergeld gezeigt hat, eine komplexe Angelegenheit, da die Kompetenzen unterschiedlich gelagert sind und das Gesamtgefüge eine nachvollziehbare juristische Logik aufweisen sollte. Die Anregungen der Interviewpartner/innen reichen vom Ausbau der nicht monetären Familienförderung über bessere finanzielle Unterstützungen bis hin zu Modellen, die im Ausland bereits umgesetzt sind, aber einer gesetzlichen Regelung auf staatlicher Ebene bedürften:

- Ausbau der Familienberatung
- Wiedereinführung der Familienhelfer/innen
- bessere Unterstützung der Pflegefamilien
- allgemeine Anerkennung der Erziehungs- und Pflegejahre
- Rechtsanspruch auf eine Grundsicherung für Kinder
- existenzsicherndes Einkommen für Mütter
- Verbesserung der Bildungschancen und der Bildungsbeteiligung
- Abbau der Benachteiligungen für Alleinerziehende bei Sozialleistungen

Pflegesicherung

Aufgrund der demografischen Entwicklung ist absehbar, dass die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen weiter ansteigen wird. Laut Interviews besteht die Sorge, ob und wie die Betreuung in Zukunft sichergestellt und finanziert werden kann. Das Betreuungssystem in Südtirol stützt sich in Südtirol auf drei abgestufte Pfeiler: Der wichtigste ist die Betreuung zuhause durch Angehörige und privat bezahlte Fach- und Hilfskräfte. In vielen Familien nehmen vor allem Frauen die Möglichkeit in Anspruch, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um die Betreuung der Angehörigen sicherzustellen. Einige steigen dafür aus dem Arbeitsleben vorübergehend aus. Unterstützt wird die Betreuung zuhause durch mobile Angebote wie die Hauspflegedienste und die Hauskrankenpflegedienste, Tagespflegedienste und Mensendienste. Im Aufbau befindlich sind Angebote für das begleitete und betreute Wohnen. Die umfassendste Versorgung wird auf Gemeindeebene sowie übergemeindlich in Alters- und Pflegeheimen erbracht, die auch mit den höchsten Pro-Kopf-Kosten zu Buche schlagen. Eine angemessene Betreuung ist allerdings aufgrund des Mangels an Pflegekräften bereits jetzt nicht flächendeckend möglich. Einzelne Abteilungen der Pflegeheime können deshalb gar nicht geöffnet werden. Zusätzliche Ausbildungsangebote und deren Flexibilisierung erscheinen vielen als angebracht, um mehr junge Menschen für die sozialen Berufe zu gewinnen. Nachbarschaftshilfe und andere informelle Formen der Unterstützung auf lokaler Ebene werden sicher an Bedeutung gewinnen.

Gewünscht wird eine bessere Unterstützung der pflegenden Angehörigen und die Schaffung von Anreizen für freiwillige Helfer/innen und Helfer, die den älteren Menschen im Alltag zur Hand gehen. Als unterstützungswürdig werden Initiativen betrachtet, die Treffpunkte für zwischenmenschliche Kontakte und gemeinsame Freizeittätigkeiten anbieten. In Anbetracht der kontinuierlichen Zunahme der Ausgaben für das Pflegegeld des Landes sind Überlegungen im Gange, das Modell einer Pflegeversicherung wieder aufzugreifen, um die langfristige Finanzierbarkeit sicherzustellen.

Bildung

Sei es die sozialen Verbände als auch die Institutionen und die Beratungsdienste betonen, dass sozial benachteiligte Kinder eine kontinuierliche und wirksamere Unterstützung in der Bildungslaufbahn ab dem Kindergarten benötigen, um ihre Anschlussfähigkeit an den durchschnittlichen Lernerfolg sicherzustellen und ihre gesellschaftliche Integration zu fördern. Armut schlägt sich auch in schulischem Misserfolg nieder. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Eltern aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Lernfortschritte der Kinder zu unterstützen. Vor allem bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund werden Lernschwierigkeiten konstatiert. Um annähernd gleiche Bildungschancen für alle Kinder zu gewährleisten, werden zusätzliche Fachkräfte benötigt, die entsprechende Programme und Projekte erstellen und umzusetzen.

Inklusion

Im Rahmen der Interviews wird immer wieder hervorgehoben, dass in unserer auf Leistung getrimmten Gesellschaft Konsum und materieller Wohlstand die Triebfeder des individuellen Strebens und der politischen Agenda der Interessengruppen sind. Die Förderung der Gemeinschaft und die Gemeinwesenentwicklung geraten damit ins Hintertreffen. Interessenkonflikte werden nicht mit Blick auf den Gemeinwohlnutzen gelöst, sondern in einem Wettstreit der politischen und ökonomischen Einflussfaktoren ausgefochten, bei dem sich der Stärkere durchsetzt. Das ist der Boden für die Zuspitzung von Disparitäten, die Polarisierung gesellschaftlicher Gruppen und eine zunehmende Entsolidarisierung. Darunter haben sozial benachteiligte Menschen zu leiden, weil statt der Entwicklung der Sensorik für soziale Gerechtigkeit unter dem Deckmantel der Demokratie einer Ellbogengesellschaft das Wort geredet wird. Versäumnisse in der Weiterentwicklung der Sozialpolitik, beim Abbau von Privilegien und in der Adaptierung eines aus dem Lot geratenden Steuersystems entpuppen sich als Achillesferse für die Gesellschaft und deren Kohäsion. Ausgehend von den Grundbedürfnissen der Menschen wird deshalb eine Neuausrichtung auf die Werte der Verfassung, der Menschenrechtserklärungen und der Nachhaltigkeitsziele der UNO gefordert. Die Lebenschancen der Menschen und der sorgsame Umgang mit der Natur und den Ressourcen müssen in den Mittelpunkt der Entwicklungsprogramme gerückt werden.

Ein Ausländeranteil von ca. 55.000 Personen entspricht etwa einem Zehntel der Bevölkerung. Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben inzwischen die italienische Staatsbürgerschaft erworben. Wir leben in einer multikulturellen und in vielerlei Hinsicht fragmentierten Gesellschaft. Diese Tatsache ist noch nicht ausreichend in unserer Wahrnehmung und in unserem Bewusstsein angekommen. In den Interviews ist dieser blinde Fleck verschiedentlich angesprochen worden. Migration ist nicht ein Phänomen, dem mit Notstandsdekreten und Ad-hoc-Maßnahmen begegnet werden kann. Leider ist der Staat diesbezüglich säumig und dessen gesetzgeberische Weichenstellungen fördern vielfach Ausgrenzung anstatt Inklusion. Es müsste eine strategische Planung Platz greifen, die die Anerkennung von Menschenrechten der Geflüchteten beinhaltet und Arbeitsintegration und soziale Inklusion als gemeinsame Aufgabe der staatlichen und lokalen Institutionen definiert. In einem Setting moderner Zivilisation kann der Rahmen von bürgerschaftlichen Rechten und Pflichten abgesteckt und Raum für Eigenverantwortung, Respekt und Vertrauen geschaffen werden. Klar ist, dass die Aufnahmefähigkeit der europäischen Länder begrenzt ist. Im Hinblick auf die erwartbare Ausweitung von kriegs-, klima- und wirtschaftsbedingten Migrationsbewegungen sind Lösungen auf internationaler Ebene zu erarbeiten, die in erster Linie die Lebensbedingungen in den Heimatländern verbessern und deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unterstützen. Dazu muss der anhaltenden und rücksichtlosen Ausbeutung der Länder des globalen Südens durch internationale Konzerne und durch Großmächte, aber auch durch kontraproduktive Wirtschaftsabkommen mit der EU ein Riegel vorgeschoben werden.

Manifest: Alle gegen Armut in Südtirol

Ursachen erkennen und gemeinsam beheben

Die Vereinten Nationen definieren 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. „Armut in all ihren Formen und überall beenden“ lautet Ziel Nr. 1.

Armut ist ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem. Es gefährdet die Zukunft der Betroffenen und den sozialen Zusammenhalt. Armutsprävention und -bekämpfung ist eine Querschnittsaufgabe, weil Armut viele Ursachen und Auswirkungen hat. Mit diesem Manifest wird die Notwendigkeit unterstrichen, Armut in Südtirol gemeinsam zu bekämpfen.

1. Armut überall und in all ihren Formen beenden

Um Armut umfassend vorzubeugen und zu beheben, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte auf Landesebene zusammenwirken, eine klare Vision formulieren und zielgerichtete Maßnahmen auf den Weg bringen.

Dazu bedarf es eines kontinuierlichen und institutionalisierten Austausches aller gesellschaftlichen Bereiche (Akteure) und jeder dieser Bereiche ernennt eine mit der Thematik beauftragte Person, die sich in diesen ständigen Prozess einbringt.

2. Werte in der Gesellschaft festigen

Individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und ein Leben in Würde stellen universelle und unverhandelbare Werte dar. Diese Werte können nur in einer solidarischen, offenen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft erlebt, gelebt und umgesetzt werden.

Damit dieses Wertefundament in der Südtiroler Bevölkerung verankert und gelebt wird, werden kontinuierlich und in gezielter Form von allen gesellschaftlichen Kräften bewusstseinsbildende Initiativen durchgeführt.

3. Zwischenmenschliche Beziehungen stärken

„In-Beziehung-sein“ schafft die Basis für eine solidarische Gesellschaft, ausgeprägter Individualismus wirkt dem entgegen.

Beziehungsarbeit wird daher in allen Lebensbereichen wie Schule, Beruf, Ehrenamt oder Freizeit von allen Beteiligten gefördert bzw. aktiv bestärkt, praktiziert und wertgeschätzt.

4. Gleiche Chancen für alle gewährleisten

Menschen haben unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung, ihrer psychischen bzw. physischen Verfassung das Recht auf ein Leben ohne Armut und damit die Chance, sich zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben bzw. diese mitzugestalten.

Familie, Bildung, Berufswelt und Freizeitwesen werden durch gesetzliche Rahmenbedingungen unterstützt, damit die Beschäftigungsfähigkeit gestärkt und eine gesicherte Existenz ermöglicht wird, ohne dass dabei die Entfaltung der Einzelnen zu Lasten anderer geht.

5. Grundbedürfnisse erfüllen

Damit sich Menschen wohl fühlen und entwickeln können, müssen die Grundbedürfnisse wie z.B. nach Sicherheit, Nahrung, Kleidung, sozialen Beziehungen, Bildung, Gesundheit, einer intakten Natur sowie nach sozialem Raum erfüllt sein.

Menschen in Südtirol müssen daher die Möglichkeit haben, sich durch eigene Kraft oder - wo dies erschwert ist - durch bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen die finanziellen Ressourcen bzw. die notwendigen Leistungen für die Erfüllung der Grundbedürfnisse zu sichern. Dazu braucht es primär: eine funktionierende Grundversorgung, das Recht auf Care, leistbaren Wohnraum, bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen, freien und vom Einkommen unabhängigen Zugang zur Bildung sowie Löhne und Renten, die ein menschenrechtliches und würdevolles Leben gewährleisten.

Um die Forderungen in diesem Manifest umzusetzen, wird die Einrichtung eines ständigen und koordinierten Armutsnetzwerkes angeregt, das interdisziplinär zusammengesetzt und mit dem nötigen Budget ausgestattet ist. Das Armutsnetzwerk ist ein Forum der Vernetzung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte, das Entwicklungen verfolgt, Handlungsanforderungen artikuliert und politische Einflussnahme nimmt.

Erstunterzeichner



dachverband
für natur- und
umweltschutz
in südtirol^{EO}
CIPRA SÜDTIROL



Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit und Sozialpolitik
Centro di Competenza per Lavoro Sociale e Politiche Sociali
Zenter de Competenza Laour sozial y Politica sociala



Dachverband für
Soziales und Gesundheit KDS
Federazione per
il Sociale e la Sanità ETS

Die Empfehlung des Dachverbandes: Armutsnetzwerk

Was ist das Armutsnetzwerk?

Das Armutsnetzwerk Südtirol bietet allen gesellschaftlichen Kräften ein Forum der Vernetzung und der politischen Einflussnahme.

Das Netzwerk bringt fachliche Expertise und praktische Erfahrung zusammen, um Positionen und Handlungskonzepte zu erarbeiten. Ursachen der Armut werden analysiert und im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung werden Maßnahmen beschrieben und von den einzelnen Mitgliedern in deren Wirkungskreis behandelt. Das Netzwerk setzt sich zum Ziel, die Öffentlichkeit kontinuierlich zu sensibilisieren, um sowohl jedem Einzelnen als auch der Gesellschaft als Ganzes die Wichtigkeit des sozialen Zusammenhalts zu vermitteln.

Was soll das Netzwerk tun?

Die Aufgaben des Netzwerkes sind vielfältig. Um das Phänomen der Armut umfassend zu beschreiben und um effektive Vorbeugungsmaßnahmen umzusetzen, ist die Bereitstellung von Daten und Fakten notwendig. Diese bilden zudem die Grundlage für Empfehlungen zu gesetzlichen und administrativen Weichenstellungen durch das Armutsnetzwerk.

Darüber hinaus ist die Information, die Beratung sowie die Sensibilisierung durch Veranstaltungen und Initiativen eine Kernaufgabe des Armutsnetzwerkes.

Das Netzwerk setzt sich zum Ziel, von Armut betroffene bzw. bedrohte Menschen einzubinden.

Der Vorschlag des Dachverbands zur Umsetzung

Das Armutsnetzwerk besteht aus Mitgliedern verschiedener Institutionen, Organisationen und Initiativen. Sie sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung an der Vorbeugung und Behebung der Armut in Südtirol bewusst und sehen dafür in der kontinuierlichen Netzwerkarbeit einen entscheidenden Faktor, wofür sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten entsprechende Ressourcen einsetzen.

Das Netzwerk arbeitet mit einem Koordinierungskreis. Dieser besteht zum Startpunkt aus ca. 20 Beauftragten unterschiedlicher Organisationen. Er wird alle drei Jahre von den beteiligten Organisationen neu bestellt. Darüber hinaus sieht der Entwurf einer Geschäftsordnung vor, dass das Netzwerk über ein Organisationsbüro verfügt. Dieses ist für die Abwicklung der operativen Aufgaben zuständig und wird mit einer Vollzeitstelle besetzt. Die Organisation, die den Vorsitz führt, übernimmt auch die Führung des Netzwerkbüros.

Die Tätigkeit des Netzwerkes Armut und des Organisationsbüros wird durch öffentliche und private Beiträge finanziert. Die beteiligten Einrichtungen können die Tätigkeit des Netzwerkes auf freiwilliger Basis finanziell unterstützen.

In der Aufbauphase (3 Jahre) bildet das Netzwerk keine Rechtspersönlichkeit.

Der Landeshauptmann und/oder die Landesrätin für sozialen Zusammenhalt, Familie, Senioren, Genossenschaften und Ehrenamt übernimmt/übernehmen die Schirmherrschaft des Armutsnetzwerkes und kann/können sich im Rahmen dieser Funktion in die Arbeit der Initiative einbringen.

Stellungnahmen der Kooperationspartner

Die Kooperationspartnern wurden gebeten, auf folgende Punkte einzugehen:

- Weshalb hat Ihre Organisation beschlossen, dieses Manifest zu unterzeichnen?
- Welchen Punkt bzw. welchen Inhalt des Manifests würden Sie besonders hervorheben?
- Wie könnte eine künftige Beteiligung Ihres Bereichs an der Armutsvorbeugung aussehen?

Stefan Perini – Bereich Arbeit - Arbeitsförderungsinstitut

Wir haben das Manifest unterzeichnet, da wir seit Jahren eine gute Zusammenarbeit mit dem DSG haben. Außerdem ist es geradezu eine Verpflichtung, gegen Armut zu sein. Eine Verpflichtung, die die Gewerkschaften 1:1 unterschreiben.

Armut ist heute nicht nur mehr ein Thema für eine kleine Gesellschaftsschicht, wie z.B. Menschen, die von einem Schicksalsschlag betroffen sind. Armut betrifft auch die arbeitende Bevölkerung. Heute sind in Südtirol Menschen arm, obwohl sie arbeiten.

Es gibt auf staatlicher Ebene die Absicht, den gesetzlichen Mindestlohn mit 9 Euro brutto festzulegen, niemand soll also weniger verdienen. In Südtirol sind es zurzeit knapp 12% der arbeitenden Bevölkerung, die darunter liegen.

In der Lohndynamik darf sich Südtirol nicht mehr an Italien orientieren, sondern an Österreich und Deutschland. Wir müssen diese Lohnlücken zwischen Südtirol und Österreich bzw. Deutschland schließen, da sie auch die Gefahr der Abwanderung mit sich bringen.

Davide Monti – Bereich Hilfsorganisationen – Gruppo Volontarius

Wir haben unterzeichnet, weil das Schlüsselwort „alle“ lautet. Dies ermöglicht es uns, aus einem Paradigma auszubrechen, das oft der Versuchung des Delegierens erliegt. Wer soll sich mit der Armut befassen?

Die Unternehmer, die Politik, der Dritte Sektor, die Gewerkschaften oder die Armen selbst? Dies schien uns ein wesentlicher Faktor zu sein, um aus dieser Logik auszubrechen und endlich auf gesellschaftlicher Ebene ein Thema anzugehen, das sich in den letzten Jahren stark verändert hat.

Punkt Nr. 3, die Stärkung der Beziehungen, scheint uns der wichtigste Punkt des Manifests zu sein. Gegenwärtig ist die sozioökonomische Armut Mutter und Tochter der Beziehungsarmut. Die Einsamkeit der Menschen ist oft sowohl Ursache als auch Folge einer Armut, die buchstäblich das Leben zerstört. Es ist wichtig davon auszugehen, dass wir uns alle auf die Idee der Mitverantwortung einlassen können, auf die Idee, dass das Kennenlernen des anderen der Wendepunkt für die Zukunft, für die Einstellung unserer Gesellschaft zur Armut sein kann.

Mit einer gehörigen Portion Bescheidenheit möchten wir uns noch stärker für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit einsetzen und neue Fähigkeiten entwickeln, um mit einem Phänomen umzugehen, das sich schnell und kontinuierlich verändert.

Carola Kurz – Bereich Kultur – Allianz der Kultur

Es ist sehr wichtig, unterschiedliche Stakeholder zum gleichen Thema zusammen zu bringen. Vielleicht schaffen wir es so, den nötigen Druck aufzubringen, damit sich etwas verändert.

Nicht nur deshalb stand es für uns außer Frage, dass die Kultur das Manifest unterzeichnen wird, sondern weil Kultur schon immer eine Stimme für soziale Gerechtigkeit war. Sie hat sich stets mit den aktuellen gesellschaftlichen Problemen auseinandergesetzt, diese reflektiert und in Kunst verwandelt. Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite derjenigen, die von Armut bedroht sind und von einer ungerechten Gesellschaft nicht profitieren.

Vom Manifest möchte ich besonders die Erfüllung der Grundbedürfnisse hervorheben, denn wenn diese nicht gesichert sind, leben Menschen in ständiger Angst um ihre Existenz. Dies ist ein Zustand, der enormen Druck und Stress verursacht und in dieser Situation ist es dann schwer, Lösungen zu sehen und einen Ausweg zu finden. Armut nagt am Selbstbewusstsein und je länger dieser Zustand anhält, desto schwieriger wird es, sich da selbst wieder herauszuholen. Es ist ein Gefühl der Machtlosigkeit. Deshalb sollte die Vorbeugung von Armut bei der Erfüllung der Grundbedürfnisse beginnen. Nur wer nicht ständig in Angst lebt, kann neue Perspektiven entwickeln und aktiv an einer besseren Zukunft arbeiten. Gerade die Erfüllung von Grundbedürfnissen wird in den letzten Jahren immer schwieriger. Die Mieten und die Lebenshaltungskosten steigen stetig. Diese Schwierigkeiten betreffen eine Generation junger Arbeitender und unweigerlich fragt man sich, kann man hierbleiben oder geht es wo anders besser. Wenn immer mehr Menschen mit viel Geld und Privilegien hier leben können, betrifft das auf Dauer auch den gesellschaftlichen und kulturellen Dialog. Er wird einseitig und die Frage ist: Möchten wir das? Oder wollen wir ein Land, das für alle offen ist, das Raum bietet für kulturelle Vielfalt und kreative Menschen und innovative Unternehmen. Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen.

Kultur stärkt natürlich das soziale Gefüge. In vielen Vereinen finden die Menschen jene Gemeinschaft, die wichtige Unterstützung bietet, um Krisen zu überwinden. Kultur schafft aber auch Bildungsangebote, die niederschwellig und für alle zugänglich sind, und kann unser Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme stärken. Denkbar wäre hier beispielsweise eine gemeinsame Informationskampagne, die die Ursachen für Armut klar macht und zeigt, dass Armut kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Ich denke, da ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Und zu guter Letzt möchte ich noch betonen, dass es im Bereich Kultur schon viele Best Practice Beispiele und neue Ansätze für eine gerechtere Gesellschaft gibt. Kultur ist ein Kraftfeld der Innovation, auch der sozialen Innovation. Sie kann zeigen, was es bedeutet, eine solidarische, inklusive und gemeinschaftliche Gesellschaft zu gestalten.

Elisabeth Ladinser – Bereich Umwelt – Dachverband für Natur- und Umweltschutz

Wir haben uns dazu entschlossen, das Manifest zu unterzeichnen, weil Naturschutz Armutsbekämpfung ist. Dabei kann Armut sowohl Ursache als auch Folge von Naturzerstörung sein. Überbevölkerung, Ressourcenknappheit und Armut zwingen oft Menschen zu spontaner, dringender Naturnutzung, ohne dass sie auf Folgeschäden Rücksicht nehmen können. Viel öfter jedoch zeigt sich Armut, die eine Folge von Naturzerstörung und Klimawandel ist. Die Lebensgrundlagen werden durch die Folgen der Naturkatastrophen zerstört. Dies sind nicht zuletzt auch die Gründe für die Migrantenströme, die wir tagtäglich erleben. Aber auch bei uns zeigt sich, dass Armut eine Folge der Zerstörung von Natur ist. Die ungebremste Klimakrise entwickelt sich auch bei uns zum größten Armuts- und Gesundheitsrisiko. Von Armut betroffene Haushalte, wohnungslose

Menschen, ältere Menschen und Kinder sind kaum geschützt von den gesundheitlichen und ökonomischen Folgen von Extremwetterereignissen. In von Armut geprägten Wohnvierteln sind die Menschen auf Grund hoher Flächenversiegelung und schlecht gedämmter Wohnungen der Hitze und Kälte ungeschützt ausgesetzt. Der schlechte energetische Zustand der Wohnungen führt oft zu hohen Heizkosten, die viele nicht aufbringen können. Ihre Wohnungen sind im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt. In Zukunft wird die Klimakrise die Zahl der Menschen erhöhen, die unter die Armutsgrenze rutschen. Viele Menschen haben nicht die finanziellen Möglichkeiten, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Sie können es sich nicht leisten, die technischen Möglichkeiten (wie die Nutzung der Sonnenenergie) umzusetzen.

Leider treffen die Folgen des Klimawandels jene Menschen, die am wenigsten dazu beitragen. Menschen mit hohem Einkommen verursachen einen deutlich höheren CO₂ Ausstoß, was wiederum eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist. Das ist auch ein Grund, warum wir dieses Manifest unterzeichnet haben.

Gesunde Lebensgrundlagen, für die sich der Dachverband für Natur- und Umweltschutz einsetzt, sind eine Voraussetzung und die Garantie für Wohlstand und Wohlergehen aller Menschen, aber besonders jener Menschen, die in Armut leben und nicht über die Mittel verfügen, sich an die Veränderungen anzupassen.

Bei unseren Initiativen sind wir sehr darauf bedacht, die soziale Komponente mitzudenken. Armutsbekämpfung kann nur dann anhaltende Folgen zeitigen, wenn sie die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Sicherung des Klimas zu Grunde hat, denn darauf basieren letztlich die menschliche Kultur, die Sozialsysteme und alles Wirtschaften. Deshalb ist es auch uns ein Anliegen, dieses Manifest zu unterzeichnen.

Sandro Pellegrini – Bereich Wirtschaft – Südtiroler Wirtschaftsring

Wir haben das Manifest unterzeichnet, weil bei der Wirtschaft zwar vieles wertgeschätzt wird, wenn es dann jedoch um Armut geht, werden die Wirtschaft bzw. die Löhne genannt. Wie bei Rückenschmerzen müssen wir jedoch das Problem nicht mit Schmerzmitteln lösen, sondern wir müssen sehen, wo das Problem tatsächlich liegt.

Es ist uns als Wirtschaft wichtig, dass es ein gesellschaftliches Gleichgewicht in unserem Lande gibt. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir nicht in einer Oase leben, wir wohnen in einer größeren Gemeinschaft und hier die Gleichgewichte zu finden, ist manchmal schwer. Wir können mithelfen. In Südtirol ist die Wirtschaft sehr wichtig, aber nicht die Lösung für alle Probleme.

Wir finden, dass der Punkt 4 also „Gleiche Chancen für alle“ wichtig ist, damit jeder unabhängig von seiner Herkunft dieselben Möglichkeiten hat.

Wenn man schon bei Schulanfang Barrieren schafft, dann wird der weitere Weg schwierig. Zurzeit ist die Rede davon, den Numerus Clausus abzuschaffen. Das ist wichtig, damit zumindest alle dieselben Chancen haben, anzufangen. Dann werden die Besten vorankommen.

Das geschieht auch in den Betrieben. Selbst auf den Visitenkarten werden die Titel der Menschen nicht mehr angeführt. Der Beste soll vorankommen, unabhängig davon, von wo jemand herkommt bzw. wo er gestartet ist.

Die Wirtschaft kann in den bilateralen Körperschaften mitwirken, was sie bereits tut. Darüber hinaus können und müssen wir uns dafür einsetzen, damit die Unterschiede in unserer Gesellschaft so gering wie möglich sind.

Replik von Politik und Netzwerkpartnern

Rosmarie Pamer – Landesrätin

Frage: Ausgehend von dem, was Sie heute gehört haben: Was nehmen Sie mit bzw. wo kann Ihr Ressort künftig an der Vermeidung von Armut mitwirken?

Ich wiederhole meine Zustimmung zum Manifest und bedanke mich bei allen, die bereits mitgewirkt haben und diese Forderungen teilen.

Was ich noch mitnehme, sind im Wesentlichen zwei Punkte.

- Es wird tatsächlich wichtig sein, in dem beschriebenen Netzwerk zu arbeiten und dabei ständig zu überprüfen, welche Maßnahmen, für wen, welche Wirkung erzeugen.
- Darüber hinaus sollten wir uns ständig vor Augen führen, wie vielschichtig Armut ist und wie wichtig es sein wird, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Heiner Oberrauch – Unternehmerverband Südtirol

Frage: Was ist als Unternehmer Ihre Motivation, an der Armutsvermeidung weiter mitzuwirken?

Als Unternehmer hat man viele Möglichkeiten, also hat man auch die Verantwortung, viel zu tun.

Das Unternehmen lebt von der Gesellschaft und daher muss man der Gesellschaft auch etwas zurückgeben. Heute müssen Unternehmen im Umwelt- bzw. Sozialbereich etwas tun. In einer Zeit, in der die Mitarbeiter/innen sich das Unternehmen aussuchen, ist das Engagement des Unternehmens für die Umwelt oder für den Sozialbereich ein wesentlicher Vorteil bei der Personalaufnahme. Wir haben zum Glück viele Familienunternehmen in Südtirol und da gibt es sehr viel Solidarität.

Wir haben in Südtirol sehr viel versteckte Armut und die wichtige Frage ist, wie kommen wir da hin? Daher ist für die Wirtschaft das geplante Netzwerk wichtig, die Vernetzung zu den Profis. Und es ist wichtig, dass Unternehmen, die helfen wollen, sich an Profis wenden können. Die Unternehmen haben bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft eine große Aufgabe.

Irmhild Beelen – Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung

Frage: Welche präventive Maßnahme wäre für Ihre Zielgruppe am dringlichsten und welche Akteur/innen sind für diese Maßnahme von Wichtigkeit?

Unsere AEB-Familie, unsere Mitglieder sind starke Seismografen für gesellschaftliche Probleme. In Zeiten des Personalmangels sind zwei Aspekte für uns wichtig.

Als pflegende Angehörige ist für uns die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf essenziell, damit die Betreuenden nicht in die Altersarmut rutschen. Das bedeutet, dass unsere oft lebenslange Carearbeit anerkannt wird.

Als Netzwerkpartner ist die Allianz der Familie sehr wichtig, da sie unsere Anliegen vertritt. Mit den Parlamentarier/innen in Rom sind wir in Kontakt, um die Anliegen auf nationaler Ebene voranzubringen. Darüber hinaus brauchen wir die Unterstützung der Gewerkschaften. Für Menschen mit Behinderung ist die Arbeit sehr wichtig. Sie verhilft zu einem strukturierten Tagesablauf, ist sinnstiftend und macht die Menschen zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft.

Dazu ist es wichtig, dass die noch bestehenden Hürden beim Übergang von der Schule in die Arbeit schnellstmöglich abgebaut werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre, dass die Landesfachschulen auch von unseren Schülern bis zum 18. Lebensjahr besucht werden dürfen, damit sie nicht mit 16 Jahren auf der Straße stehen, was wiederum eine Belastung für die Familien darstellt.

Wir brauchen auch niederschwellige Hilfsberufsbilder, damit unsere Familienmitglieder auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Platz finden. Die Mobilität zur Arbeitsstelle muss gegeben sein, da viele nicht selbständig den Arbeitsplatz erreichen können. Wir brauchen dazu die Unterstützung der Ressorts, Bildung, Arbeit und Mobilität. Und das Amt für Arbeitsmarktintegration ist dabei wichtig. Vor dem Hintergrund des Mangels an Arbeitskräften, dürfen wir nicht auf eine so wichtige Ressource wie unsere Angehörige verzichten.



Josef Dariz – Bäuerlicher Notstandsfond

Frage: Welche Maßnahmen haben Sie in die Wege geleitet, um in Ihrem Bereich einer Armutsentwicklung vorzubeugen?

Wenn die Menschen an den Bäuerlichen Notstandsfonds denken, denken sie an die Bauern. Unsere Arbeit hat sich in den letzten Jahren total verändert. Der Anteil unserer Hilfeleistungen für die Bauern liegt bei ungefähr 30-40% und alles andere kommt Südtiroler Familien zugute.

Jeder einzelne Fall muss für sich selbst entscheiden, wie die Hilfe beansprucht wird.

Bei Schicksalsschlägen z.B. schenken wir der Unterstützung der Kinder großes Augenmerk. Ihnen müssen wir einen Weg aufzeigen, damit sie nicht benachteiligt sind. Unsere Projekte, wo wir Jugendliche unterstützen, um ihre Ausbildung (Schule und auch Universität) zu fördern, sind eine Art Prävention. Die schönsten Rückmeldungen kommen von jenen, die selber im Leben stehen und jenen helfen wollen, die es nötig haben.

Heinrich Erhard – Südtiroler Vinzenzgemeinschaft

Frage: Welche präventiven Maßnahmen werden von Ihnen als wichtig erachtet und sind dabei zwischen Stadt und Land unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen?

Drei Faktoren lösen Armut aus:

- der Mangel an Bildungschancen und Bildungserfolg,
- saisonale und prekäre Arbeitsplätze, die kein regelmäßiges Einkommen garantieren,
- nicht erschwinglicher Wohnraum.

Alle Schüler/innen in der Pflichtschule sollen Zugang haben zur nachmittäglichen Hausaufgabenbetreuung mit gemeinsamen Mittagessen, damit alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben und damit Kinder mit Migrationshintergrund leichter unsere Sprache lernen können.

In Bezug auf die saisonalen Arbeitsverhältnisse im Tourismus müssen außerhalb der Saison adäquate Arbeitsplätze geschaffen werden. Für Mitarbeitende im Reinigungsbereich und im Gastgewerbe muss die Kleinkindbetreuung im Sommer ausgebaut werden, damit diese Personen gegebenenfalls auch ganzjährige Arbeitsverhältnisse eingehen können.

Beim leistbaren Wohnen sind in erster Linie die Arbeitgeber gefragt, denn ein angemessener Lohn ist eine soziale und christliche Frage. Bei Neubauten sollte ein preisgünstiger Standard angewandt werden, um die Kosten niedriger zu halten und um Verschuldung vorzubeugen.

Wir stellen keine Unterschiede in der Armut bezüglich städtischen und ländlichen Raums fest. Davon ausgenommen ist die Altersarmut.

Die Südtiroler Vinzenzgemeinschaft ist eine „soziale Feuerwehr“ und wir müssen mit unseren Hilfsangeboten die Zeiträume überbrücken, bis andere Hilfsmaßnahmen greifen.

Im ländlichen Raum ist der Bedarf an Grundnahrungsmitteln präsent und gefährlich sind hier außerordentliche Ereignisse, wie z.B. hohe Zahnarztkosten oder eine Autoreparatur.

Allen Vinzenz-Geschwistern ist bewusst, dass es Armut gibt und sie sind dankbar, dass sie nicht in diesen Situationen sind und motiviert, sich ehrenamtlich einzubringen.

Andrea Felis – Italienisches Schulumt

Frage: Welche Maßnahmen soll man ergreifen, um Schulabbrüche zu verhindern?

Soziale Ungleichheiten werden in der Schule sichtbar. Es sind Ungleichheiten, die manchmal aus zufälligen Gründen entstehen und manchmal aus Gründen der Zugehörigkeit zu benachteiligten sozialen und kulturellen Gruppen, die von Armut bedroht sind.

Die Schule ist ein Ort, an dem versucht wird, Unterschiede auszugleichen. Dies ist nicht immer möglich, da Unterschiede selbst bei banalen Situationen wie beispielsweise der Tatsache, dass ein Kind nicht an einem Schulausflug teilnehmen kann, offensichtlich sind. Oft sind es die versteckten Defizite, die am kompliziertesten zu bewältigen sind. Denn es ist nicht immer leicht zu erkennen, wo echte Not herrscht und wo nicht.

Was kann man daher tun? Kindern helfen, ihren Weg zu finden.

Schulen sollten in der Lage sein, verschiedene Arten von Intelligenz, Veranlagungen und Neigungen hervorzubringen. Wir arbeiten sehr viel in dieser Richtung.

Der Zweck des Netzwerks ist es, einen soliden Pakt zu bilden, in dem verschiedene Akteur/innen dazu beitragen, die Bildungsgemeinschaft zu stärken. Allein ist das nicht möglich. Nur in einer Netzwerkdimension können Bedürfnisse auftauchen und effektive Antworten gegeben werden. Es sind keine neuen Investitionen erforderlich, sondern nur eine Ausrichtung in die richtige Richtung. Ein Pakt mit sozialen Akteur/innen ist genauso wichtig wie mit der Wirtschaft, denn es braucht einen Dialog, um Talente zu erkennen und zu fördern.



Josef Lazzari – Allgemeiner Gewerkschaftsbund AGB/CGIL

Frage: Inwieweit wird Armut vererbt? Und welches sind die langfristigen Folgen der Schwarzarbeit?

In Armut geboren zu sein, bedeutet nicht, arm zu bleiben. Das hängt von vielen Faktoren ab, wie z.B. Bildung und soziale Netzwerke, aber auch von persönlichen Entscheidungen. Wichtig ist noch das soziale und wirtschaftliche Umfeld einer Region. Die Migrationsflüsse sind emblematisch dafür, denn eigentlich würden die Menschen gerne zu Hause bleiben, wenn es dort sicher wäre und eine intakte Umwelt bestünde.

Die Arbeitsverhältnisse sind prekär geworden. Diese tragen dazu bei, dass die Menschen im Alter eine geringe Rente beziehen, da die Mindestversicherungsjahre (zurzeit sind es 20 Jahre und es wird diskutiert, diese auf 25 Jahre zu erhöhen) oft nicht erreicht werden. Dieses Problem betrifft überwiegend die Frauen. Eine vernünftige Lebensplanung ist mit prekären Arbeitsverhältnissen nicht möglich. Bei jedem Kreditantrag z.B. ist man mit einem sechsmonatigen Arbeitsvertrag automatisch ausgeschlossen.

Bruno Marcato – Hands

Frage: Wie kann man Menschen wirtschaftlich aus dem Teufelskreis der Armut heraushelfen?

Das Thema, mit dem sich Hands beschäftigt, ist die Sucht. Sucht bedeutet, dass man in irgendeiner Weise konsumiert. Und wir haben es mit Menschen zu tun, die zu viel konsumieren, zu viel Alkohol, zu viele Drogen usw. Es geht also darum, eine klare Botschaft zu vermitteln: Weniger ist besser, weniger von allem... wobei wir uns bewusst sind, dass dies in gewisser Weise im Widerspruch zur derzeit vorherrschenden Haltung unserer Gesellschaft steht, die uns dazu drängt, alles zu konsumieren und vor allem noch mehr zu konsumieren, als wir uns eigentlich leisten können.

Im Zusammenhang mit dem Thema Armut müssen wir uns auch fragen: Was kostet ein suchtkranker Patient? Er kostet die Gesellschaft eine Menge. Es sind nicht nur die Kosten für die Entgiftung und die Behandlung, sondern auch für die medizinische, psychologische und soziale Betreuung, und dann gibt es noch die indirekten Kosten wie Fehlzeiten und Krankheiten oder familiäre Probleme, Schulden, die wiederum zurückbezahlt werden müssen, und nicht zuletzt der Verlust der Wohnung.

Aber wenn wir über Armut sprechen, stellen wir uns vor: wir geben viel Geld aus und auch wenn nicht alle Abhängigkeiten überwunden werden können, wenn wir es schaffen, nicht mehr zu konsumieren oder noch viel weniger zu konsumieren, einen Job zu finden, wie viel kann diese Person dann verdienen? 1.200 Euro im Monat?

Sie gewinnt ihr Selbstwertgefühl zurück, kommt anderen Verpflichtungen nach wie der Unterhaltszahlung von 500 Euro pro Monat und muss dann noch Miete zahlen, raucht ein wenig, weitere 200 Euro pro Monat und was bleibt am Ende übrig?

Aber der Beitrag reicht nur bis zu einem bestimmten Punkt. In diesem Fall, den ich der Landesverwaltung mit der Bitte um Prüfung gemeldet habe, erhält die Person einen Mietzuschuss von 100 Euro (wenn man bedenkt, dass die Person eine unserer Unterkünfte für 300 Euro pro Monat erhält). Jeder ist bereit, eine Lösung zu finden, aber dann finden wir sie nicht, und das passiert immer öfter. Diese Person wird arm bleiben und muss mit ein paar hundert Euro im Monat auskommen.

Ich wollte nur auf eine Sache hinweisen. Auf methodischer Ebene, sowohl im klinischen als auch im pädagogischen Bereich, bewegen sich alle in Richtung einer individuellen Planung, die von den Bedürfnissen ausgeht, um die nachhaltigsten Maßnahmen zu ermitteln, um unabhängig zu leben, aber gleichzeitig werden Verfahren der Dienste, die Vorschriften geschaffen, um standardisierte Antworten zu geben, die einen Teil der Menschen von der Hilfe „ausschließt“.

Früher war das Gewicht der sozialen und gesundheitlichen Bewertung für die wirtschaftliche Unterstützung größer als das der Bestimmungen; heute sind das soziale Gewicht und der Ermessensspielraum stark zurückgegangen, und die juristische und formale Logik überwiegt... was, wie wir früher sagten, den pädagogischen und klinischen Prinzipien etwas entgegensteht. Dies führt zu Frustration bei den Betreibern, aber auch bei den Verwaltern, weil wir keine Lösung finden. Das Thema der Armut muss also auf politischer Ebene, aber auch auf der Ebene der organisatorischen und rechtlichen Entscheidungen, die getroffen werden, beobachtet werden.

Abschluss

Beschreibung eines Fallbeispiels – Teil II

Petra Priller – Fallbeispiel - Folgerungen

Elisabeth wusste nichts von unserem Dienst. Sie ist auf Anraten eines Bekannten zur Caritas Schuldenberatung gekommen. Nach fast 2-jähriger Beratung kann Elisabeth heute wieder lachen. Elisabeth sagt, dass die Schuldenberatung ihr nicht nur geholfen hat, die finanzielle Situation in den Griff zu bekommen, sondern sie hat ihr auch ihr Selbstvertrauen wieder zurückgegeben.

Was wurde getan? Gemeinsam mit Elisabeth wurde die Ausgabensituation analysiert, der Sozialsprengel für die Mietbeihilfe aktiviert. Außerdem wurde mit den Gläubigern Kontakt aufgenommen und verhandelt. Auch der psychologische Dienst wurde kontaktiert wegen ihrer Depression und Hands wegen der Spielsucht. Mit den Kindern und dem Bruder wurde eine Mediation geführt, um zu schauen, wie sie gemeinsam der Mutter bzw. der Schwester helfen können. Wegen der Mietrückstände wurden Vereinbarungen mit dem Vermieter getroffen. Einen Teil dieser Mietrückstände hat auch die Caritas übernommen. Mit dem Rechtsanwalt des Arbeitgebers und dem Rechtsanwalt von Elisabeth wurde verhandelt, sodass man eine Abschlagszahlung für die gestohlene Summe vereinbaren konnte und die Strafanzeige zurückgenommen wurde.

Inzwischen hat Elisabeth wieder ein geregeltes Arbeitsverhältnis in Teilzeit und mit den Kindern versteht sie sich wieder besser.

An diesem Fall wird die intensive Arbeit deutlich. Es waren sehr viele Gespräche und gutes Verhandlungsgeschick notwendig und es war nicht einfach. Da viele Netzwerkpartner Entgegenkommen zeigten, ist es gelungen, die Situation in den Griff zu bekommen. Es zeigt sich, dass eine solidarische Gesellschaft, wenn sie hinschaut, Armut beseitigen kann. Die Krisenintervention meinerseits hat Schlimmeres verhindert. Das Fallbeispiel zeigt jedoch, dass es jeden von uns treffen kann. Es zeigt auch, dass Hilfsangebote oft nicht sichtbar sind. Deshalb ist es wichtig, dass sowohl öffentliche wie private Einrichtungen sichtbarer werden. Und es ist auch wichtig, dass die Menschen zu uns kommen und sich helfen lassen. Unserer Meinung nach müssen öffentliche Anlaufstellen für finanzielle Leistungen noch niederschwelliger werden. Bestimmte bürokratische Angelegenheiten - nicht zuletzt wegen der Digitalisierung - werden immer schwieriger, wie z.B. das Pflegegeld für ältere Menschen. Niedrige Einkommen und der unbezahlbare Wohnraum sind aus unserer Sicht Faktoren, die das soziale Ungleichgewicht verstärken und unter anderem finanzielle Probleme verursachen, die tagtäglich auf uns zu kommen.

Es kommt zu Belastungen und Zukunftsängsten bei den Menschen und die Einsamkeit sowie der seelische Druck nehmen zu.

Elisabeth ist heute teilentschuldet und ist froh, dass sie wieder einer Arbeit nachgehen kann, sie ist wieder zuversichtlich. Die Mitarbeiter/innen der Caritas Schuldenberatung sind froh, dass sie Menschen wie Elisabeth, die sich tagtäglich an unseren Dienst wenden, helfen können.

Gemeinsam, wenn wir hinschauen, können wir das schaffen.

Resümee

Roberta Rigamonti – Vizepräsidentin Dachverband für Soziales und Gesundheit

Zunächst möchte ich Ihnen allen, den Redner/innen und Teilnehmer/innen, für Ihre wertvollen Beiträge danken. Ihre Anwesenheit und Ihr Engagement zeigen, wie sehr das Problem der Armut spürbar ist und wie sehr wir koordinierte und kontinuierliche Maßnahmen benötigen.

Wir haben heute über ein zentrales Thema gesprochen: Armut. Wie wir gesehen haben, ist sie nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern ein Sachverhalt mit hoher Komplexität, der viele Aspekte des Lebens berührt, vom Zugang zu Wohnraum über das Problem des Mindesteinkommens bis hin zur Klimakrise und dem Verlust des Vertrauens in demokratische Institutionen. Es liegt auf der Hand, dass Armut auf vielfältige und miteinander verknüpfte Ursachen zurückzuführen ist, und um sie wirksam bekämpfen zu können, müssen wir eine umfassende Sichtweise und integrierte Strategien anwenden.

In diesem Zusammenhang gibt uns die italienische Verfassung eine klare Richtschnur: In Artikel 1 erinnert sie uns daran, dass „Italien eine demokratische Republik ist, die auf Arbeit gegründet ist“, und dass Arbeit die Grundlage der Menschenwürde ist. Viele Menschen leben heute jedoch in prekären Verhältnissen, können keine feste Arbeit finden oder erhalten Löhne, die nicht den Lebenshaltungskosten entsprechen. Den Zugang zu Arbeit zu gewährleisten bedeutet, ein menschenwürdiges Leben für alle zu garantieren. Das Recht auf Wohnung ist ein weiteres grundlegendes Element. Eine Wohnung ist mehr als nur eine Unterkunft: Sie ist die Grundlage für Stabilität und Sicherheit. Heute ist der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für viele Familien jedoch eine Herausforderung. Ohne Wohnraum können wir nicht von sozialer Eingliederung sprechen.

Ein weiterer Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, sind die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, die die Armut verstärken. Frauen sind oft am stärksten gefährdet, haben niedrigere Löhne, größere Arbeitsplatzunsicherheit und sind stärker von wirtschaftlicher Gewalt betroffen. Armutsbekämpfung bedeutet auch, diese Ungleichheiten zu verringern und gleichen Zugang zu Chancen zu gewährleisten.

In Artikel 3 der italienischen Verfassung heißt es, dass "alle Bürger/innen die gleiche soziale Würde haben " und dass es die Pflicht der Republik ist, Hindernisse zu beseitigen, die die Gleichheit einschränken. Armut ist nicht nur ein Mangel an Mitteln, sondern ein Verstoß gegen die Menschenwürde, ein Grundrecht, das wir schützen müssen.

Wir müssen auch die Herausforderungen berücksichtigen, die der technologische Wandel mit sich bringt, wie etwa die künstliche Intelligenz. Diese Fortschritte bieten Chancen, bergen aber auch die Gefahr, dass sie Ungleichheiten verstärken, wenn sie nicht sorgfältig gesteuert werden. Die Technologie darf nicht zu einem neuen Faktor der sozialen Ausgrenzung werden, sondern muss ein Instrument sein, das das Leben aller verbessert und für Gerechtigkeit und Integration sorgt.

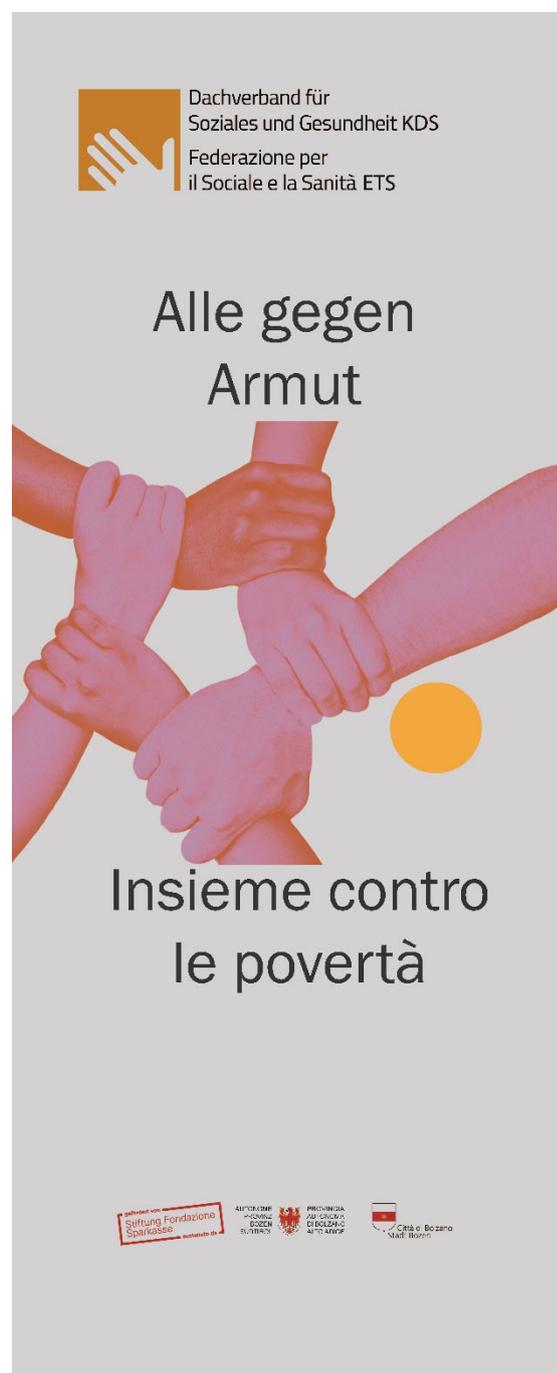
Um diese Herausforderungen zu bewältigen, schlägt der Dachverband für Soziales und Gesundheit die Schaffung eines ständigen interdisziplinären Netzwerks auf Landesebene vor. Dieser ständige interdisziplinäre Ausschuss, an dem alle gesellschaftlichen Kräfte, Organisationen und Institutionen beteiligt sind, wird es ermöglichen, die Armut in koordinierter Weise zu bekämpfen und dabei alle ihre Dimensionen zu berücksichtigen, von der Wirtschaft bis zum Bildungs- und Sozialbereich.

Keiner kann dieses Problem allein bewältigen. Der Kampf gegen die Armut erfordert eine gemeinsame Anstrengung, eine übergreifende und kontinuierliche Zusammenarbeit. Jeder von uns trägt in diesem Prozess, der darauf abzielen muss, Ungleichheiten zu verringern und eine gerechtere und integrativere Gesellschaft zu fördern, eine Verantwortung.

Armut ist weder unvermeidlich noch ist sie ein unausweichliches Schicksal. Sie ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam, mit Entschlossenheit und Weitblick stellen können und müssen. Das von uns vorgeschlagene ständige Netzwerk ist ein grundlegender Schritt in Richtung einer Zukunft, in der niemand zurückgelassen wird und in der jeder Mensch Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten hat, um in Würde zu leben.

Abschließend möchte ich Ihnen noch einmal für Ihr Engagement danken. Es liegt noch viel Arbeit vor uns, aber ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam etwas bewirken können.

Ich danke Ihnen allen.



Tagungsprogramm



Dachverband für
Soziales und Gesundheit KDS
Federazione per
il Sociale e la Sanità ETS

Grüße und Einführung

- 9:30 Eröffnung: Wolfgang Obwexer - Präsident Dachverband für Soziales und Gesundheit
Grußworte: Ivo Muser - Bischof der Diözese Bozen-Brixen
Arno Kompatscher - Landeshauptmann, Rosmarie Pamer – Landesrätin
Armut in Südtirol, ein Fallbeispiel: Petra Priller – Schuldenberatung Caritas Bozen-Brixen

Armut in Südtirol - Beschreibung und Perspektiven

- 10:00 Warum alle - warum ich? Netzwerkarbeit gegen Armut im Dachverband
Georg Leimstädtner - Geschäftsführer Dachverband
- 10:20 Armut - Wahrnehmung und Ausblick: Vorgangsweise, Ergebnisse und Folgerungen
aus den Interviews, Karl Gudauner - Jurist und Publizist
- 10:40 Präsentation der Armutslandkarte und des Manifests „Alle gegen Armut“
Günther Sommia - stellvertretender Geschäftsführer Dachverband
- Anmerkungen der Kooperationspartner
Bereich Arbeit: Stefan Perini - Arbeitsförderungsinstitut – AFI
Bereich Bildung: Ulrike Loch - Freie Universität Bozen
Bereich Hilfsorganisationen: Davide Monti - Gruppo Volontarius
Bereich Kultur: Carola Kurz - Allianz der Kultur
Bereich Umwelt: Josef Oberhofer - Dachverband für Natur- und Umweltschutz
Bereich Wirtschaft: Sandro Pellegrini - Südtiroler Wirtschaftsring

Replik

- 11:20 Landesrätin Rosmarie Pamer
- 11:45 Irmhild Beelen - Aktive Eltern von Menschen mit Behinderungen, Josef Dariz – Bäuerlicher Notstandsfond, Heinrich Erhard - Südtiroler Vinzenzgemeinschaft, Andrea Felis - Italienisches Schulamt, Josef Lazzari – Allgemeiner Gewerkschaftsbund AGB/CGIL Südtirol, Bruno Marcato - Hands, Heiner Oberrauch - Unternehmerverband Südtirol

Abschluss

- 12:10 Folgerungen für das Fallbeispiel: Petra Priller
Resümee: Roberta Rigamonti - Vizepräsidentin Dachverband

Danke allen Unterstützern und in besonderer Weise



AUTONOME
PROVINZ
BOZEN
SÜDTIROL



PROVINCIA
AUTONOMA
DI BOLZANO
ALTO ADIGE

